Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post im Juni M. 6200,—, unter Streifband M. 8200,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I nach aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstraße 39/I. Fernruf 23695, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vorm.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto: Frz. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Hansabank, e. G. m. b. H., München, Herzogspitalstraße 11.

Streifbandbezugsgebühr für Juni im Ausland: Österreich Kr. 20000,-, Ungarn Kr. 1500,-, Tschechoslowakei 10 Kč., England u. bisher. deutsche Kolonien 3 sh., Jugoslawien 40 Dinare, Italien 10 Lire, Holland 1 fl., Verein. Staaten 1/2 Dollar, Schweiz u. die übrigen dem Weltpostverein angeschl. Staaten 3 Schwz. Franken.

Postsparkasse Wien, Konto 79921, Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H. / Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank Reichenberg, Postscheckkonto 64863 beim Postscheckamt Prag (Angabe für Franz Eher Nachfolger, München, am den Erlagschein erfordert.)

109. Ausg., 37. Jahrg. — München (Donnerstag), den 7. Juni 1923 — Preis 300 Mark

Kindermorde weißer Neger

Ermordung eines deutschen Kindes

tu. **Düsseldorf**, 6. Juni. Gestern nachmittag wurde auf den von den Franzosen gesperrten Rheinwiesen zwischen dem Düsseldorfer Hafen und dem Vorort Hamm der Schüler Hans Hermes erschossen, der mit zwei anderen Kindern dort spielte. Ein Posten trieb die Kinder fort, holte aus der Halle sein Gewehr, lud es vor den Augen der ahnungslosen Kinder und schoß den kleinen Hermes aus drei Meter Entfernung durch die Schläfe.

Die Humanität, das „andere Frankreich auf dem Marsch", nicht wahr, Herr Theodore Wolff?

Kriegsgerichtsurteile der weißen Neger

tu. **Frankfurt**, 6. Juni. Vor dem Mainzer Kriegsgericht wurde gegen vier Eisenbahner verhandelt, die wegen Spionage angeklagt waren. Sie hatten im Februar auf dem Bahnhofe Kreuznach die Namen jener deutschen Reisenden festgestellt, die französische Züge benutzten. Von den Angeklagten wurden zwei zu 5 Jahren Gefängnis und einer zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt; der vierte Angeklagte wurde in Abwesenheit zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Als Geiseln verhaftet

tu. **Frankfurt**, 6. Juni. In Landau sind im Zusammenhang mit den Sabotageakten, die auf der Strecke Landau—Weißenburg verübt wurden, 15 angesehene Bürger als Geiseln verhaftet worden.

Die franz. Schreckensherrschaft in der Pfalz

Die „Pfälzische Presse" und die „Pfälz. Volkszeitung" sind auf drei Tage verboten worden.

Ausgewiesen wurden die Oberregierungsräte bei der Regierung der Pfalz Löb und Schöpper. Ferner wurde der Kommandeur der Gendarmerie der Pfalz, Oberstleutnant v. Braun, ausgewiesen. — Durch die französische Gendarmerie festgenommen wurden der Vorstand der Bahnhofsverwaltung Zweibrücken, Eisenbahn-Oberinspektor Karl Bruch und der Spediteur Ludwig Fallenstein, der kürzlich sein Amt als 1. Kommandant der städtischen Feuerwehr niedergelegt hat. Die beiden wurden nach Landau abtransportiert.

Das Dortmunder Fernsprechamt besetzt

tu. **Berlin**, 6. Juni. Die Franzosen haben heute Vormittag das Fernsprechamt in Dortmund besetzt und den gesamten Fernsprechverkehr unterbunden.

Die neuen Bahnbesetzungen durch die Franzosen

tu. **Frintrop**, 6. Juni. Die Anschlußgleise der „Gute-Hoffnungs-Hütte" nach den Zechen „Oberhausen" und „Tondern" sind gesperrt, da die Franzosen die Schienen aufgerissen haben. Die Anlagen werden scharf bewacht.

Große Sprengung

tu. **Essen**, 6. Juni. Bei Lintorf erfolgte abermals eine große Sprengung eines Eisenbahndammes. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, sind 16 Güterwagen und eine Lokomotive zertrümmert worden.

Französischer Kassenraub

tu. **Buer**, 6. Juni. Hier raubten die Besatzungsbehörde den gesamten Kassenbestand der Stadtkasse von über 44 Millionen Mark, die zur Auszahlung an die Erwerbslosen bestimmt waren. Ob es sich dabei um die Beitreibung der Geldstrafe wegen der Brückensprengung handelt, wurde nicht angegeben.

Marschall Pétain in Herne

tu. **Herne**, 6. Juni. Marschall Pétain traf gestern hier in Begleitung des Oberkommandierenden Degoutte ein. Der Marschall inspizierte die im Bereiche des 12. Armeekorps liegenden Truppen. Am Abend erfolgte mittels Sonderzug die Rückfahrt nach Düsseldorf.

Ueberführung Schlageters in seine Heimat

tu. **Düsseldorf**, 6. Juni. Die Leiche des von den Franzosen erschossenen Schlageter wird ausgegraben und in seine Schwarzwälder Heimat übergeführt. Hoffentlich erdreisten sich keine Regierungsblätter, ihm einen Nachruf zu widmen.

Englische Klagen über die Ruhrschäden

tu. **London**, 6. Juni. „Dr „Times" wird von ihrem Kölner Korrespondenten geschrieben, daß die Lage des englischen Handels im Ruhrgebiet schlechter als je sei. Die englischen Firmen bemühen sich vergebens aus dem Ruhrgebiet Waren herauszubringen. Gegenwärtig verweigern die Franzosen jede Ausfuhrerlaubnis. Die Bemühungen der britischen Handelsvertreter bei den französischen Offizieren seien bisher vergeblich gewesen. Die Franzosen erklärten, wenn die Deutschen große Summen englischen Geldes erhalten, so würde dadurch der passive Widerstand nur verstärkt werden.

Höllein klagt wegen Freiheitsberaubung

tu. **Paris**, 6. Juni. Wie die Morgenblätter mitteilen, hat der deutsche kommunistische Abgeordnete Höllein gegen den französischen Minister des Innern Klage wegen Freiheitsberaubung erhoben.

Zum Vorstoß gegen Poincaré

tu. **Paris**, 5. Juni. Im „Echo National" sucht Tardieu nachträglich seinen Vorstoß gegen Poincaré zu rechtfertigen. Der Abgeordnete hebt eine Reihe von schädlichen Rückwirkungen hervor, die infolge der unzulänglich geführten Ruhrbesetzung auf die französische Metallindustrie einen verderblichen Einfluß hätten. Von 50 Hochöfen seien 27 allein in dem Departement Moselle erloschen, und wenn die Fabriken in Lothringen im Dezember vorigen Jahres 5000 Tonnen Koks pro Tag erhielten, so bekommen sie heute lediglich 2000 Tonnen.

Doch eine Pariser Reise Baldwins

tu. **Paris**, 6. Juni. Trotz des offiziellen Dementis glaubt man in gewissen diplomatischen Kreisen Londons, daß Baldwin sich bald zu einer Besprechung der Reparationsangelegenheit nach Paris begeben werde, und zwar soll er zu seinem Besuch den Zeitpunkt der französisch-belgischen Besprechungen oder die unmittelbar darauf folgenden Tage in Aussicht nehmen. Man glaubt, daß es dem englischen Ministerpräsidenten gelingen werde, mit Poincaré zu einer gemeinsamen Politik in der Reparationsfrage zu gelangen.

Zita in Italien

tu. **Rom**, 6. Juni. Nach dem „Giornale d'Italia" beabsichtigt die Exkaiserin Zita, ständig in Italien Aufenthalt zu nehmen, und zwar in einer den Bourbonen gehörigen Villa, in der Provinz Nucca, in der die Exkaiserin selbst geboren wurde.

Anfrage an die bayer. Regierung

Vor wenigen Tagen hat die Regierung von Sachsen den Beschluß gefaßt, die bayerischen Volksgerichte nicht mehr anzuerkennen, und im Falle diese einen Haftbefehl gegen in Sachsen lebende Personen verfügen sollten, diese Haftbefehle nicht ausführen zu lassen. Durch diese Provokation hat der bayerische Staat von der sächsischen Sowjetregierung vor dem ganzen deutschen Volke eine schallende Ohrfeige erhalten. Was gedenkt die bayerische Regierung zu tun, um diese marxistische Anmaßung abzuweisen?

Blutige Zusammenstöße zwischen Fascisten und Kommunisten

tu. **Rom**, 6. Juni. Aus Triest wird gemeldet, daß gestern ein fascistischer Gärtner durch einen Kommunisten getötet wurde. Hierauf ergriff fascistische Miliz Gegenmaßregeln und verhaftete zahlreiche Kommunisten. Die Gefangenen konnten jedoch entfliehen. Während der Verfolgung wurden zwei von ihnen schwer verletzt, einer getötet. Der kommunistische Gemeinderat Ribari wurde aus seiner Wohnung herausgeholt und wird seitdem vermißt. In die Redaktion des kommunistischen Blattes „Lavoratore" wurde gestern eine Bombe geworfen.

Aus dem italien. Fascismus

tu. **Rom**, 6. Juni. Der fascistische Große Rat vom Generalkommissar für Trient erklärte: Abg. Dudun hat mit gestriger Verordnung alle fascistischen Verbände der Provinz Trient aufgelöst. Die Verbände werden mit Ausnahme eines einzigen, der sofort wieder neu gebildet worden ist, erst nach einer genauen Prüfung aller persönlichen Dokumente der früheren Teilnehmer neu gebildet werden. Der Grund der Verfügung liegt in Zwischenfällen, die von verschiedenen Verbänden hervorgerufen wurden und von der Regierung auf das schärfste verurteilt worden sind.

Auslandsreise des tschechischen Staatspräsidenten

tu. **Prag**, 6. Juni. Der Tod seiner Gemahlin hat auf den Gesundheitszustand des Staatspräsidenten Masaryk so ungünstig eingewirkt, daß die Ärzte ihm empfohlen haben, sich zur Erholung ins Ausland zu begeben. Der Präsident reist infolgedessen nach der Schweiz und von dort nach Marseille, um auf einem Schiff eine Kreuzfahrt zu unternehmen. Nach drei Wochen wird er wieder in die Heimat zurückkehren.

Ein rumänischer Parlamentsskandal

tu. **Budapest**, 6. Juni. Wie aus Bukarest gemeldet wird, kam es in der Sitzung vom 2. Juni der rumänischen Kammer zu äußerst stürmischen Szenen. Der Abgeordnete der Bauernpartei, Michalache, rief durch seine Äußerungen zu den sogenannten Reschika-Gesetzen Zwischenrufe hervor, so daß ihm der Vorsitzende schließlich das Wort entzog. Es kam zu einem furchtbaren Tumult. In dem riesigen Lärm brach der Präsident die Sitzung ab. Nach der Pause wollte Michalache seine Rede fortsetzen und wurde daran gehindert. Er schleuderte dem Gegner zwei Tintenfässer an den Kopf, worauf es zwischen den Abgeordneten zu einem heftigen Faustkampf kam. Mehrere Abgeordnete wurden blutig geschlagen. Eine Anzahl Abgeordneten wurden auf zehn Tage von den Sitzungen ausgeschlossen. Der Parlamentarismus in schönster Blüte.

Lettland will keine Ruhrkinder

tu. **Riga**, 6. Juni. Das lettländische Kabinett beschloß, das Gesuch des deutschen Gesandten, um Genehmigung der Einreise von etwa 300 Kindern aus dem Ruhrgebiet nach Lettland, abzulehnen. (Vergleiche hierzu den Aufsatz „Deutsches Geld für Ausrottung des Deutschtums.)

„Deutsches" Reich

Reichstag

tu. **Berlin**, 5. Juni. Präsident Loebe stellte fest, daß der Reichstag sich bald mit der schweren Notlage beschäftigen müsse, in die weite Kreise unseres Volkes durch den Markverfall und die Preissteigerung geraten sind (**wie lieb!**), und die bereits zu Unruhen in einzelnen Teilen des Reiches geführt hat. Die französische Regierung hat ihre Erpresserpolitik in dem wichtigsten Teil des deutschen Wirtschaftsgebietes fortgeführt, und hat sie gesteigert bis zu gesetzlich maskierten Todschlägen und langjährigen Verurteilungen unserer Landsleute (Pfuirufe. **Dank Denunziationen von Parteigenossen des Herrn Loebe.**) Sie hat damit nicht erreichen können, daß unsere Landsleute zusammengebrochen sind, aber sie hat die Welle des Völkerhasses aufs schlimmste emporgepeitscht. Unter diesen Verhältnissen leidet nicht nur das besetzte Gebiet, sondern das ganze Land. Um so unerhörter ist es, wenn es Menschen gibt, die in dieser Lage rücksichtslos ihre Privatinteressen vertreten und Wucher und Preistreiberei treiben (lebhafte stürmische Zustimmung). Diesem Treiben muß entschieden entgegengetreten werden (**lächerlich, daran zu glauben!**). Die Regierung wird sofortige Maßnahmen ergreifen müssen, um der Not zu steuern und dem Wucher Einhalt zu tun. (**Indem sie jüdische Bankiers über die Marktkatastrophe referieren läßt!**) Der Reichstag aber muß auf ernste, schwere und verantwortungsvolle Arbeit gefaßt sein, wenn es gelingen soll, der Krise Herr zu werden, und dafür zu sorgen, daß Europa nicht in Anarchie versinkt. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.)

Abg. Fehrenbach (Z.) erklärt sich damit einverstanden, daß die sozialdemokratische Interpellation am Mittwoch besprochen wird; das entspräche durchaus dem Ernst der Sachlage.

Abg. Remmele (Komm.) beantragt, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen zur Prüfung der Vorgänge im Ruhrgebiet.

Ein Antrag, diesen Punkt sofort auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt; ebenfalls abgelehnt wird der Antrag Koenen (Komm.), die Regierung sofort zu einer Erklärung über die Note zu veranlassen. Angenommen wird der Antrag Müller (Soz.), mit der Regierung wegen der sozialdemokratischen Interpellation in Verbindung zu treten.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzentwurfes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns empfiehlt die Vorlage. Der Entwurf sucht das Problem grundsätzlich auf dem Wege des Versicherungszwanges zu lösen. Versichert werden nur die Arbeitnehmer. Neueingeführt wird die Kurzarbeiterunterstützung.

Abg. Aufhäuser (Soz.) beantragt Ausschußberatung. — Nach zustimmenden Ausführungen des Abg. Schwarzer (Bayer. Volkspartei) wird der Gesetzentwurf dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Parteiausschluß Dr. Grützners

tu. **Düsseldorf**, 6. Juni. Eine Versammlung des erweiterten Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei stellte den Antrag, sofort ein Ausschlußverfahren gegen den Regierungspräsidenten Dr. Grützner einzuleiten. Der Antrag wird der Bezirksleitung überwiesen, da Dr. Grützner zur Zeit nicht mehr im Verwaltungsbezirk Düsseldorf wohnt.

Deutsches Geld für Ausrottung des Deutschtums

(Ein Kapitel vom Auslandsdeutschtum.)

Die Position des Deutschen in Lettland wird immer mehr und mehr gefährdet; was heute unter dem Drucke (Schutz der Minoritäten) bewilligt wird, wird in kürzester Zeit beschnitten, ja sogar oft das eben Aufgebaute zerstört. Wie kann von einer gedeihlichen Kulturarbeit die Rede sein, wenn nach außen hin eine deutsche Schulautonomie anerkannt wird, die Fortführung der einen oder anderen Schule dadurch in Frage gestellt wird, daß die Regierung die Schulgebäude zu ihren Zwecken beschlagnahmt? Vor 2 Monaten wollte die lettische Regierung den Minoritäten das Recht der Schulautonomie endgültig rauben und gelang es nur dank privaten Unterhandlungen, noch diesmal eine vorläufige Verständigung zu erzielen. Wie kann unter solchen Verhältnissen eine dauernde gedeihliche Arbeit erfolgen!

Das Agrargesetz richtete sich nur gegen den Großgrundbesitz und vernichtete mit einem Schlage die blühendste Landwirtschaft und hat Lettland, das bisher ein landwirtschaftliche Produkte exportierendes Land war, in ein solche importierendes verwandelt.

Da 9/10 des Großgrundbesitzes in deutschen Händen waren, so traf dieses Gesetz nur das Deutschtum. Wozu die Enteignung der Wälder, wenn man Land zu landwirtschaftlicher Nutzung bedurfte? Weil von den Wäldern 9/10 in den Händen der Deutschbalten waren! Die früheren Besitzer erhielten in Lettland sogen. Restgüter zu zirka 30—100 Morgen, aber nicht mit dem Gutszentrum zusammenfallend, sondern meist unfruchtbare Ödländereien ohne Gebäude. Diese werden an vielen Stellen von der lettischen Regierung auf Abbruch an lettische Kleinsiedler verkauft. Was deutsche Kraft und Fleiß durch Jahrhunderte geschaffen hat, wird niedergerissen und zerstört.

Am 25. März 1923 ist ein neues Gesetz erlassen, daß sämtliche Hypotheken und Obligationen auf dem früheren Großgrundbesitz annulliert werden. Diese bisher mündelsicheren Papiere werden für null und nichtig erklärt, die Besitzer derselben sollen ihr Geld nicht zurückerhalten.

Ein neuer Schlag dem Deutschtum, denn die deutschen Kleinrentner sind es hauptsächlich, die ihre Gelder in den landwirtschaftlichen Werten angelegt hatten. Damit tritt eine neue Gefahr für den Rest des deutschen Besitzes ein — die Restgüter werden beschlagnahmt, eventuell in staatlicher Besitz. Die lettische Regierung kümmert sich aber nicht um Verluste der Deutschen, der Balten, sie sucht Kredite, um ihre schmale Staatskasse zu füllen! Kredite, um den letzten Schlag gegen das Deutschtum zu führen und die aufgeteilten Güter, die Kolonisation, die Siedlung, die weder lebens- noch existenzfähig ist, zu stützen, wie es der Herr deutsche Gesandte Köster (Mitglied der S.P.D.!) propagiert. Es sollen die Kredite in keiner Weise zur Bezahlung der berechtigten Ansprüche der Balten dienen, zu der sich die lettische Regierung verpflichtet hat, sondern um den Deutschen die letzte Stütze zu rauben. Die Wälder sollen exploitiert werden, die hochwertige Forstwirtschaft mit Hilfe dieser Kredite vernichtet werden.

Frankreich, Amerika und England haben die Kredite verweigert, jetzt soll deutsches Geld, deutscher Warenkredit helfen! Den Kampf des Deutschtums im Osten soll deutsches Geld brechen helfen! Wird das, kann das geschehen? Darf ein Pfennig früher hinüber, bevor nicht geordnete Rechtsverhältnisse in Lettland eingetreten sind?

In letzter Stunde kommt die Nachricht, daß die lettische Regierung neuerdings die Absicht hat, auch den in reichsdeutschen Händen befindlichen Großgrundbesitz zu enteignen [illegible]

len zirka 20 Güter sein, deren Größe uns nicht genau bekannt ist). **Eine Entschädigung ist für Lettland so lange indiskutabel, bis die deutsche Regierung eine „Kriegsentschädigung" an Lettland gezahlt hat!**

Diese Forderung stellt wohl den Gipfel der Unverschämtheit dar, und es ist ein deutliches Zeichen dafür, was sich die kleinsten Staaten, sobald sie im Gefolge der angeblich siegreichen „Entente" laufen, Deutschland gegenüber erlauben dürfen!

Die deutschen Truppen haben 1915 bis 1917 Kurland und Südlivland (das Gebiet des heutigen Lettland) von den Russen und den Bolschewisten zum ersten Male, 1919—1920 im Verein mit der baltischen Landeswehr zum zweiten Male wiederum von den russischen und lettischen Bolschewisten befreit. Sie haben durch ihre Siege erst die Aufrichtung eines selbständigen lettischen Staates möglich gemacht. Die lettische Regierung hatte 1919 den reichsdeutschen Kriegern zur Belohnung Land versprochen, ihnen das Recht zugesagt, sich in Lettland als Kolonisten niederzulassen und die lettische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Als aber die reichsdeutschen Krieger 1920 nach erfolgtem Siege ihr gutes Recht forderten, betrog sie die lettische Regierung, indem sie sich weigerte, ihnen Land zu verteilen und, auf englische Macht gestützt, jagte sie die reichsdeutschen Kämpfer auf schmähliche Art und Weise aus dem Lande. Die Schwächung des verhaßten deutschen Elementes konnte sowohl Lettland als der Entente nur willkommen sein. Die deutsche Regierung mußte diesem Schauspiel machtlos zusehen. Und heute wagt die lettische Regierung, „Kriegsentschädigung" zu fordern? Zugleich um Anleihen nachzusuchen!!

Und als gütiger Vermittler fungiert der reichsdeutsche Gesandte in Lettland, der Sozialdemokrat Köster. Wahrlich! Herr Köster versteht es glänzend, die deutschen Interessen und die deutsche Ehre zu vertreten!!

Das Tributproblem

tu. London, 6. Juni. Nach den bisher bekannt gewordenen Einzelheiten hat die Fühlungnahme zwischen Paris, Brüssel und London drei Resultate gehabt.

Die Endziffer, auf die sich wahrscheinlich die drei Kabinette einigen werden, dürfte in der Nähe von 50 Milliarden Goldmark liegen. Die englische Regierung scheint sich dem belgischen Standpunkt zu nähern, wonach die deutschen Zahlungen garantiert werden müssen, durch eine **Beteiligung der Alliierten an dem Reingewinn der großindustriellen Unternehmungen Deutschlands.** Es wird hier sogar davon gesprochen, daß man eine von Jahr zu Jahr variierende Jahresrate in Erwägung ziehe, deren Höhe jeweils zu bestimmen wäre, nach dem Reingewinn der für Reparationszwecke haftbar gemachten deutschen Industrie. Der dritte Punkt, über den sich eine Einigung vorzubereiten scheint, dürfte darin bestehen, daß England bei den Vereinigten Staaten für eine Ermäßigung der französischen und italienischen Schulden sich bemühen werde, und daß man Deutschland die Verpflichtung auferlegen möchte, für eine Schuldenregelung Frankreichs und Italiens an Amerika aufzukommen.

Man wird aber gut daran tun, alle diese Nachrichten, die bisher von amtlicher Stelle nicht bestätigt werden konnten, mit der größten Vorsicht aufzunehmen. Es wird vermutlich noch schlimmer kommen.

Gegen den Dolchstoß der Industrie

tu. Berlin, 6. Juni. Gestern abend fanden, wie der „Vorwärts" berichtet, in zahlreichen Lokalen Groß-Berlins Versammlungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft statt, um gegen den „Dolchstoß der Industrie" Protest zu erheben. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammelten protestieren gegen die rücksichtslose Interessenpolitik der deutschen Industrie. Sie verlangen von der Reichsregierung ernsthafte, wirksame und schleunige Maßnahmen gegen die allgemeine Not der breiten Massen. Im besonderen fordern sie, daß sofort die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, 1. damit die Renten, insbesondere die Unterstützung der Erwerbslosen und die Löhne und Gehälter an die Geldentwertung voll angepaßt werden; 2. damit die völlige Entwertung der Besitzsteuer durch Anpassung an die Geldveränderung endlich verhindert wird; 3. damit der weitere Sturz der Mark aufgehalten wird. Die Anwesenden erklären, daß sie sich für den Ruf der Sozialdemokratischen Partei bereithalten. Sie werden jeder sinnlosen Einzelaktion entgegentreten, aber sie werden ihre ganze Kraft auf den einen Punkt vereinigen. Sie fordern sofortigen Schutz jeder ehrlichen Arbeit gegen weitere Verelendung und sagen den absolutistischen Plänen des Kapitals den Kampf an.

So, so. Aber euer Ebert ist doch Präsident der würdevollen Republik! Und euer verhimmelter Wirth lehnte den reaktionären Antrag der Vermögenskonfiskation der Wucherer ab. . .

Die Lage in Leipzig

tu. Leipzig, 6. Juni. Der Dienstag ist in Leipzig im allgemeinen ruhig verlaufen. Eine Anzahl Kaffeehäuser und Geschäfte im Stadtinnern hatte ihre Lokale aus Vorsicht ganz geschlossen. Die Polizei hatte erhöhte Alarmbereitschaft. Eine Versammlung von Erwerbslosen und Kommunisten, die gestern vormittag auf dem Platze vor dem Reichsgericht stattfand, verlief ohne Zwischenfall. Nach der Versammlung zog ein Trupp Demonstranten nach dem Volkshause. Eine dort anwesende Abteilung berittener Schutzpolizei verhinderte Ausschreitungen und zerstreute jede Ansammlung. Landespolizei hat den Schutz des Volkshauses übernommen. Auf dem Augustusplatz sammelte sich gegen abend wieder eine große Menschenmenge an. Um 7 Uhr erschien hier plötzlich eine Abteilung von 20 bis 25 berittenen Schutzleuten, um den Platz zu säubern. Die Schutzleute wurden von der Menge mit Pfeifen und Johlen empfangen und waren schließlich genötigt, da die Menge nicht gutwillig auseinanderging, mit gezogenem Säbel in die Menge hineinzureiten. Da aber die Polizeiabteilung zu schwach war, mußte sie schließlich unverrichteter Sache wieder fortreiten, verfolgt von der johlenden Menge. Später erschienen Schutzpolizisten, die mit Gummiknütteln die Menge zu zerstreuen suchten. Diese sammelte sich aber stets wieder neu, so daß es im Laufe des Abends wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Staatsautoritäten . . .

tu. Leipzig, 6. Juni. Bei den Zusammenstößen im Laufe des gestrigen Abends zwischen Schutzpolizei und Demonstranten gab es einige Verletzte. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Die Zusammenrottungen dauerten bis in die späten Abendstunden an. Die Straßen im Stadtinnern durchzogen verstärkte Polizeipatrouillen.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Leipzigs und das Gewerkschaftskartell von Leipzig beriefen zu heute nachmittag am Augustusplatz eine Massenkundgebung ein, um gegen das „Ruhrabenteuer" gegen das Industrieangebot und die Wirtschaftskrise zu protestieren.

Herr Freund!

Der Leiter der politischen Abteilung im thüringischen Ministerium des Innern, Ministerialrat Freund, scheidet aus dem thüringischen Staatsdienst aus, um in den sächsischen überzutreten. — Freund ist 1890 in Bruchsal geboren; der Synagoge gehört er nicht an, sondern ist Dissident. Er studierte Medizin, legte aber keine Doktorprüfung ab, und praktizierte dann als Arzt. Im Kriege diente er bei einer Sanitätskompagnie im Westen, doch wegen bakteriologischer Studien in der Etappe war er nicht zum Frontdienst abkömmlich. Im November 1918 wurde er Vorsitzender des Soldatenrats in Brüssel, verkündete im „Belgischen Kurier" die Revolution in Deutschland und richtete an die Belgier einen Verbrüderungsaufruf; die Brüsseler Bevölkerung antwortete jedoch mit einer Beflaggung der ganzen Stadt in den belgischen Nationalfarben. Freund arbeitete dann vorübergehend unter Kurt Eisner in München und ließ sich darauf in Nürnberg nieder. Dort wurde er als U.S.P.-Vertreter 3. Bürgermeister, doch führte eine Art Doppelehe hier zum öffentlichen Straßenskandal und zu seiner Ehescheidung, was seine Stellung in Nürnberg unhaltbar machte. Darauf berief ihn die thüringische Regierung nach Weimar als Ministerialrat. Seine Tätigkeit hier bilden hauptsächlich die zahlreichen Haussuchungen und Verhaftungen von Judengegnern in Thüringen, daher schwebt noch gegen ihn ein Rechtsverfahren wegen unrechtmäßiger Verhaftungen in Jena. Nunmehr wendet sich Ministerialrat Freund nach Dresden, um im Ministerium des Innern die Stellung eines Ministerialdirektors einzunehmen und dem sächsischen Innenminister Liebmann seine bewährte Kraft zur Unterdrückung judengegnerischer Bestrebungen zur Verfügung zu stellen.

*

Der Nachfolger Dr. Freunds

tu. Weimar, 6. Juni. Wie die „Telegraphen-Union" aus Regierungskreisen hört, ist als Nachfolger des nach Dresden berufenen Leiters der politischen Abteilung der Thüringer Regierung, Ministerialrates Dr. Freund, der Landtagsabgeordnete, Mitglied des Volksbildungsministerium, Schulrat Brill, früher U.S.P.D., jetzt V.S.P.D., ausersehen.

Katholizismus und Judentum

Von Kaplan J. Roth, Zudersdorf bei München

II.

Mit dem Festhalten an der moralischen Inferiorität der jüdischen Rasse fällt auch das Schlagwort: Antisemitismus sei unvereinbar mit christlicher Nächstenliebe, die in jedem Menschen das Gotteskind, die Seele sehe, und: „vor Gott seien alle Menschen gleich".

Gewiß, in der Weise sind auch Heilige und Verbrecher vor Gott gleich und muß man auch den Verbrecher lieben. Wahre Nächstenliebe ist es aber doch wohl, wenn man einen Menschen an der praktischen Betätigung seiner unmoralischen Anlagen hindert und wenn man Sünden und Gefahren zur Sünde vom Menschen fernhält. Auch die jüdische Rasse muß darum als solche irgendwie gehindert werden an ihren unmoralischen Einflüssen auf Volksbildung, Volkserziehung, Volkswirtschaft. Es wird allmählich Zeit, daß auch einflußreiche Kräfte öffentlich eine entschiedene Auseinandersetzung mit dem Judentum herbeiführen und sich nicht weiter betören lassen von der falschen Nächstenliebe, der Philantropie, die einem ganz anderen Weltanschauungslager als dem christlichen entwachsen ist. Es ist eine ganz falsche christliche Nächstenliebe, wenn man Einzelleben schont und auf Einzelexistenzen Rücksicht nimmt aus Mitleid und Menschenfurcht, und dabei die christliche Weltanschauung als reale Macht im öffentlichen Leben allmählich und unmerklich, aber sicher zugrundegehen läßt. Wenn bei einem Vorgehen gegen die Juden als Rasse auch einzelne gute und harmlose Juden, bei denen die Unmoral infolge der Vererbung latent ist, mit den Schuldigen leiden müssen, so ist das kein Verstoß gegen die christliche Nächstenliebe, solange die Kirche beispielsweise auch die sittliche Berechtigung des Krieges anerkennt, in dem viel mehr „Unschuldige" mit den „Schuldigen" leiden müssen. Dabei handelt es sich dem Gegner im Kriege gegenüber oft nur um den Bestand des Vaterlandes, um irdische Güter, während der Jude dazu noch Christentum und Volksmoral in Gefahr bringt. Einst, als der Liberalismus, die falsche Toleranz, die sogenannten „Menschenrechte" noch nicht erfunden waren, ging die Kirche mit glücklichem Erfolg gesetzlich gegen die Juden vor. War dieses Vorgehen damals kein Verstoß gegen die ewigen Gesetze der von Gott uns gelehrten Nächstenliebe, dann kann daran die inzwischen üppig aufgeschossene Philosophie des Liberalismus etwas ändern.

Einem Nächsten, von dem ich keine Gefahr für mein Seelenheil zu fürchten habe, kann ich meine Nächstenliebe durch alle möglichen Grade der Hilfsbereitschaft und des Wohlwollens zeigen. Ein Nächster aber, der mir oder anderen eine stete unmittelbare oder sehr mittelbare Gefahr zur Sünde ist, muß gemieden, ja vielleicht entfernt werden, wenn er seine Unmoral andern aufdrängen will. (Die gefährlichsten jüdischen Betätigungsgebiete: Presse, Theater, Literatur usw. haben fast alle diesen Offensivcharakter; fast sämtliche jüdischen Vereinigungen haben eine Spitze nach außen: Propaganda, Emanzipation usw.) Christus erhob einst die Forderung, vor Verführern und Ärgernisgebern sich zu hüten. Die Formen der Ausübung dieses Befehls werden nun mehr oder weniger schroff sein, je nachdem entfernte oder nächste Gelegenheit zur Verführung vorliegt, je nachdem Verführer und Verführter die ungefähr nämlichen Moralitätsanlagen besitzen oder zwei moralisch verschiedenartigen Rassen angehören. Ein Jude kann einen Rasseangehörigen wohl nicht in der Weise verderben und verführen wie einen moralisch höher stehenden Nichtjuden. Auch die Feindesliebe, die Christus einst den Juden gepredigt hat, ist mit Recht in wärmeren Formen gehalten als die Feindesliebe, die Paulus einst Juden und Heiden (Germanen, Romanen) gegenseitig anempfohlen hat und die seitens der „Heiden" sehr zurückhaltend sein muß, um irgendwelche Infektion hintanzuhalten.

Die schönste Nächstenliebe ist die Sorge um das Seelenheil des Nächsten, die Behinderung des Nächsten an der Beteiligung seiner unmoralischen Anlagen, vor allem in der Öffentlichkeit. Das hindert noch lange nicht, für diesen Nächsten, hier also für die Juden, zu beten (wie es die katholische Kirche am Karfreitag offiziell macht); das hindert nicht, den Juden ein gutes Beispiel zu geben, sie zur Wahrheit zu führen, sie zu missionieren. Aber verfehlt wäre es, an das Judenproblem mit dem Glauben heranzugehen, daß durch vornehme Behandlung der Juden wir uns die Achtung, Verehrung oder gar Liebe dieser Rasse erwerben und sie so allmählich zur christlichen Wahrheit und Moral geführt werden könnte. Unsere Religionspolitik gegenüber den Juden muß die sein, sie ein für allemal auszuschalten aus dem öffentlichen Leben. Das ist Nächstenliebe gegenüber den Juden, ohne allen Haß, aber aus Liebe zu christlicher Religion und Moral.

Der Abwehrkampf gegen den jüdischen Einfluß ist somit kein Verstoß gegen die christliche Nächstenliebe. Sonst hätte ja auch Christus unchristlich gehandelt, als er Händler und Geldwucherer aus dem Tempel trieb. Es ist Entstellung des Gebotes der christlichen Nächstenliebe, zu fordern, man solle alles Nichtswürdige ungehindert gewähren lassen. Antisemitismus ist heute Notwehr. Alle von der christlichen Moral gestellten Vorbedingungen für gerechte Notwehr sind bei unserer Stellungnahme gegen das Judentum vorhanden.

„Haben wir 2000 Jahre den Kampf um Christentum und Christianisierung des privaten wie des öffentlichen Lebens geführt, damit die Gläubigen des Neuen Testaments nun wieder den Anhängern eines ganz einseitig gedeuteten Alten Testaments Platz machen? Haben wir Vorbild und Lebensleistung der Heiligen und Marthyrer, der Kreuzfahrer und Missionare, haben wir die Lebensleistung der Kirchenväter und Scholastiker, haben wir den Kampf eines O'Connel, eines Görres

An die Schauspieler!

Daß der Jude, politisch betrachtet, jederzeit deformierend und destruktiv in jedem Staatswesen, vor allem im deutschen, gewirkt hat, ist hinreichend bewiesen. Deshalb wächst heute die völkische Reaktion unter dem Zeichen des Hakenkreuzes.

Was aber hat die Kunst, hat das Theater mit dem Antisemitismus zu tun?

Hätte man nicht der deutschen Bühne große Werte entzogen, wenn man Schauspieler wie Barnay, Lewinsky, Sonnenthal, Schildkraut, Dawison und viele andere von ihr entfernt hätte, weil sie Juden waren?!

Nun, ich bin der festen Meinung, daß das deutsche Theater selbst jene großen, von mir restlos gewürdigten jüdischen Schauspieler hätte gern entbehren können, wenn es sich der unerhörten Vergewaltigung entziehen könnte, der es heute in fast ausnahmslos jüdischer Hand preisgegeben ist.

Jene Größen wurzelten in einer deutschen Tradition, erkannten sie mit feinem Instinkt und vertraten sie, freiwillig oder notgedrungen. Das deutsche, immer von höchster Toleranz beseelte Volk hat ihre Rassenmerkmale, die ein Mensch nie ganz verleugnen kann, gern übersehen und nicht erkannt, welche Gefahr bereits in dieser Nachsicht lag: denn heute, wo der Jude, nicht durch seine in artibus ruhenden Kräfte, sondern durch die Macht seiner rassischen Organisation, Herr des deutschen Theaters ist, verfolgt er seine, rein jüdischen Ziele. Das geschieht auch da, wo er einen deutschen Klassiker spielt; denn es geschieht unbewußt in dem jüdisch bedingten Empfinden, es geschieht bewußt und das zumeist im Kampfe für die jüdische Idee.

Das Theater aber soll sein: Ausdruck des Volkstums und Volksbewußtseins. Durch die Fälschung dieses Ausdrucks wird dem Volke ein Wesen suggeriert, das ihm fremd ist, und seine Eigenart und damit seine Kraft zersetzt. Diese Gefahr ist ungeheuer und nie ernst genug zu bewerten!

Sie besteht beim jüdischen Schauspieler, wächst mit dem Regisseur und ist am stärksten beim jüdischen Direktor.

Man sehe sich doch einmal das deutsche Theater von heute an! Was haben wir denn noch an „deutscher Kunst"?!!

Darum Kampf der Hegemonie des Juden am deutschen Theater! Freie Bahn dem Künstler deutschen Geblüts!

Das aber geschieht nicht nur durch künstlerische Kraft und rastlosen Fleiß. Da wären wir längst weiter; denn es ist doch wohl lächerlich, anzunehmen, daß es nur begnadete und fleißige jüdische Schauspieler und Regisseure gäbe. Die haben ganz andere Hilfsquellen, die uns nimmer laben. Das geschieht nur durch das offene Bekenntnis zur völkischen Tat! Der Jude zuckt immer zusammen, wenn man ihm sagt: „Du bist ein Jude, du bist mein Feind!" Und er triumphiert immer über den, dessen Fühlen er kennt, und der sich doch verkriecht.

Wir Schauspieler haben es schwer, schwerer als jeder andere, der seinen Kram be...ufen kann, wo er will. Trotzdem, deutscher Schauspieler, heraus aus deinem Versteck! Wer sich der Kunst verschworen hat, der muß sich ihr gegeben haben mit Blut und Leben, der muß verzichten können auf den Ruhm der Stunde und kämpfen, auch wo er fallen kann!

Walter Zickler.

„Was Ihr wollt"

Die Zeit, die ist ein sonderbar Ding, möchte man über die gegenwärtige Aufführung dieses kräftigsten aller Lustspiele Shakespeares setzen. Zunächst was den Fünfakter selbst anlangt. Wir glauben ja, daß man Herrn Rothe „auch einige Ehre erweisen soll". Aber man höre sich unvoreingenommen den Duktus dieser „neuen Übertragung" an; diesen auf die Augustenstraße berechneten, an den Haaren herbeigeschleiften, posierenden Naturalismus der Breughelszenen, diese bewußt die bestgesetzten Wortgefechte zersetzende Ausdrucks„reform". Trotzdem wird man feststellen müssen: durch all die Unerlaubtheiten und verstimmenden Unvorsichtigkeiten der Übertragung schimmert das echte Gold Shakespearischer Lebenslust und Sinnenfreude in anderem Glanze, als es eine höfisch verkappte und offene Rampenarbeit will und möchte. Auch das zwanzigste Jahrhundert kann seinen Shakespeare beanspruchen. Er trägt ja schon manches Jahrhundert auf den Schultern. Aber die Drolerien der Scharfrichterzunft sind hier fehl am Ort . . .

Die Aufführung der Kammerspiele ist zugegebenermaßen glatt, außerordentlich glatt. **Falckenbergs Regie bleibt wie immer höflich. Sie entschuldigt** einfach alles mit der Berechtigung liebenswürdiger Spielfreudigkeit: Bitte, es ist ja Shakespeare! Lassen wir doch den großen Menschenkenner uns gütlich zureden, es kommt ja immer darauf an, wie es gesagt und getan wird. Und schließlich macht der Ton die Musik. So rettet die Spielleitung, was die Übertragung vermasselt.

Vor nicht gar langer Zeit errangen die Kammerspiele glänzende Erfolge mit Shakespeares „Wintermärchen" und „Wie es Euch gefällt". Wir haben nicht vergessen, daß seinerzeit die Musik Hermann Zilchers dazu ihr gerütteltes Maß beitrug. Was sich diesmal um die Szenen an verbindender Tonsprache schlingt, ist ein hilfloses Radebrechen im Vergleich zur Rhetorik Zilchers. Das ist im Interesse der Aufführung bedauerlich.

Die Zeit, die ist ein sonderbar Ding . . . Wir glauben, daß die Kammerspiele selbst nicht mehr von ihrem Shakespeare-Spezialismus überzeugt sind. Sonst dürften sie auch nicht noch andere Unachtsamkeiten begehen, als da sind: Mängel der Ausstattung und Kostüme, szenisch ungelöste Probleme. Aber vielleicht läßt sich davon noch einiges abstellen.

Dr. B.

Prinzregententheater. In der Neueinstudierung von Kleists Drama „Die Hermannschlacht" am Freitag, den 8. Juni 1923, sind in den Hauptrollen beschäftigt: die Dame Holz und die Herren Ulmer, Fischel, Nadler, Lützenkirchen. Spielleitung: Kurt Stieler. Die neuen Dekorationen und Kostüme nach Entwürfen von Leo Pasetti.

Filmschau. Regina-Lichtspiele (Wilhelm Sensburg): „Die Männer der Sybill" nennt sich das Drama in fünf Akten von F. Carlsen. Ein Spielfilm, der den deutschen Fabrikationsgesellschaften sogar als Beispiel dienen könnte, voll Tragik, mit einer wirkungs-, aber auch geschmackvoll aufgebauten Handlung, sogar mit einem etwas abenteuerlichen Einschlag, der hier nicht einmal verstimmt. Die Aufnahmeleitung (Herr Zelnik) hat sich aber auch „Kräfte" gesichert: den Photographen A. Graatkjar, für Bauten Fritz Lederer und für Regieassistenz K. Sander.

R. E. Gies

*

Bücherschau

Köhler, Franz: Werkpflicht und Lebensrecht des deutschen Volkes. Köhler nennt sein bei J. F. Lehmann, München, 1923, erschienenes Buch „die Grundlage des wirtschafts- und sozialpolitischen Aufbaues, ein minimalistisches Programm". Sein Leitgedanke ist: die berechtigten Mindestansprüche, die der einzelne ans Leben stellen kann, müssen jedem arbeitsbereiten Volksgenossen durch die Gemeinschaft erfüllt werden. Was er darüber hinaus für sich beansprucht, muß er sich erst erringen. Sein Programm lautet: Allgemeine wirtschaftliche Dienstpflicht, Existenzminimum an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung und Unterhaltung, Altersversorgung — dies alles auf der Grundlage einer festen Inlandwährung. Das Buch ist auch für den lesenswert, der nicht mit aller Beweisführung Köhlers ohne weiteres einverstanden ist. Ein „minimalistisches Programm" aufzustellen, bleibt in Zeiten, da dieser Begriff schwer in Mißkredit gekommen ist, immerhin eine nicht sehr dankbare Sache.

Dr. M.

hinter uns, um ruhig der zersetzenden und zerstörenden Tätigkeit jüdischer Literaten, Politiker und Plutokraten zuzusehen? Heißt es nicht Christen zu Sklaven degradieren, wenn sie ruhig dulden sollen, daß in Ländern, wo sie 90% der Bevölkerung ausmachen, Juden 90% der Presse, des Theaters, des Bankwesens, des Handels besitzen? Der Kampf der Aufklärung und der Abwehr gegen solche Zustände müßte eigentlich weniger Antisemitismus, denn Christianismus, nationaler Volksschutz genannt werden." (Dr. Eberle, „Großmachtpresse", 1920.) Und der ungarische Bischof Ottokar Prohaszka schreibt (im „Neuen Reich", 1919): „Nicht Haß und Hetze gegen irgendeinen Menschen, also auch nicht gegen den Juden, ist unser Motiv des Handelns, sondern die Liebe, die wir uns schulden. Nicht Pogrome gehen uns im Kopfe herum, sondern es kann und muß immer nur von einer rechtmäßigen und von der Gesetzgebung zu bestimmenden Art und Weise die Rede sein, wie wir uns dessen, was zuviel ist und was wie ein Mühlstein an unserem Halse hängt, erwehren können ... Man mag unseren Kampf um Beseitigung des jüdischen Einflusses ‚Antisemitismus' und ‚Reaktion' heißen, ich nenne ihn Christentum und Hungarismus (mutatis mutandis: völkisches Bewußtsein). Wir wollen doch nicht auf einen Faden Liberalismus schwören, der ein Volk um Haus und Hof bringt und es aus dem Vaterland verjagt. Prinzipien und Ideale (Nächstenliebe z. B.) sind doch nicht dazu da, damit wir an ihnen verenden und zugrundegehen?"

(Damit steht der führende ungarische Bischof, wie so viele katholische Führer, in starkem Gegensatz zu Professor C. M. Kaufmann und dessen Ausführungen im „Fels", wo er unter anderem sagt, daß kein hervorragender Katholik sich zum Antisemitismus bekennt! So ähnlich wie die Professoren Mausbach, Lauscher usw. in Gegensatz getreten sind zu Kirchenfürsten und Führerpersönlichkeiten wie Kardinal Faulhaber usw. Wem sollen wir da folgen? Hat Christus seine Lehre und seine Wahrheit Bischöfen oder Professoren anvertraut?)

„Das Fehlen des entsprechenden Antisemitismus in der heutigen Christenheit ist nicht ein Zeichen höherer Kirchlichkeit, sondern ein Zeichen mangelnder Kenntnis der Dinge und leider auch ein Zeichen bereits eingetretener Abhängigkeit und Infizierung vom Judentum. Um so nötiger und zeitgemäßer ist ein Antisemitismus der Notwehr, des Angriffs und der Aufklärung." (Dr. Eberle, a. a. O.)

(Der Schluß dieses dem „Kath. Korrespondenzblatt" der D.N.V.P. entnommenen Aufsatzes folgt.)

Zum Verbot der „Münchener Post"

Wie bereits kurz gemeldet, ist die „Münchener Post" auf fünf Tage verboten worden. Dazu wird amtlich mitgeteilt:

Auf Grund der Paragraphen 1, 6 und 7 der Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern vom 11. Mai 1923 ergeht folgender Beschluß: 1. Das Erscheinen der „Münch. Post" wird vom 6. bis einschließlich 10. Juni 1923 verboten. 2. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Verlage G. Birk u. Co., G. m. b. H., zur Last. Gründe: Die Notverordnung vom 11. Mai bedroht mit Strafe einen Deutschen, der vorsätzlich während der in Friedenszeiten erfolgten Besetzung deutschen Gebietes durch eine fremde Macht dieser Macht Vorschub leistet. Die „Münch. Post" bringt in Nr. 126 vom 4. Juni d. J. auf Seite 1 einen Artikel „Aus dem Sumpf der Nationalaktiven". Die Richtigkeit des Tatsacheninhalts dieses Artikels, der übrigens von der „Münchener Post" selbst, wenigstens zum Teil, bezweifelt wird, nachzuprüfen, erübrigt sich, da der Artikel den Tatbestand der oben angeführten Bestimmung ohne Zweifel voll erfüllt. Nach § 6 der Verordnung vom 11. Mai 1923 kann eine periodische Druckschrift verboten werden, wenn sie einen Verstoß gegen § 1 enthalten hat. Von dieser Befugnis war Gebrauch zu machen. Da die „Münchener Post" bisher nicht verboten war, erschien ein Verbot auf fünf Tage als ausreichend. Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab Beschwerde zum Strafsenat des Obersten Landgerichtes erhoben werden. Polizeidirektion. gez. Mantel.

Es hat lange genug gedauert, bis das geradezu schamlos hochverräterische Treiben des marxistischen Organs der bayerischen Staatsregierung derart auf die Nerven fiel, daß sie sich zu einem Verbot auf sage und schreibe ganze fünf Tage entschloß,

anstatt ein Blatt ganz zu unterdrücken,

dessen Hauptaufgabe darin besteht, alle jene Männer und Verbände, die rastlos an der Befreiung des deutschen Volkes von den Sklavenketten des Versailler Friedensvertrages arbeiten, fortgesetzt unserem französischen Erbfeind zu denunzieren. Was damit erreicht werden soll, ist klar: Wir sollen sogar um die letzten kümmerlichen Reste unserer Wehrhaftigkeit gebracht werden, damit Frankreich sein Ziel, die Zertrümmerung des Deutschen Reiches, ja erreiche! Denn daß auch das neue Tributangebot Cunos in Paris auf taube Ohren stoßen, oder daß seine Annahme uns höchstens eine Scheinatempause gewähren wird, darüber muß sich heute auch der größte Hornochse klar sein. Freiwillig werden die Franzosen niemals das Ruhrgebiet räumen, darauf kann man Gift nehmen!

Wenn man sich schon außerhalb der weiß-blauen Grenzpfähle nicht entschließen kann, die sogenannte Einheitsfront vor der unausgesetzten Unterwühlung durch die Marxisten und Kommunisten zu schützen, so erwarten wir von der bayerischen Staatsregierung,

daß sie wenigstens in Bayern diesen hochverräterischen Journaillisten und ihren Hintermännern gründlich das Handwerk legt. Jawohl, vor allem auch ihren Hintermännern, in deren Auftrag sie denunzieren, wobei wir nicht zuletzt an Erhard Auer denken. Es sollte doch einmal gründlich untersucht werden, ob hier nicht der Verdacht des Hochverrates begründet erscheint.

Sogar der „Bayer. Kurier", dem man wirklich nicht besonderes Wohlwollen den Vaterländischen Verbänden gegenüber nachsagen kann, weist in seiner Nr. 155 darauf hin, daß die „M. P." zur Zeit den Nachdruck ihrer politischen Betätigung anscheinend auf die außenpolitische Denunziation ihrer politischen Gegner zu legen beliebt.

Diesem, auf den Untergang des deutschen Volkes berechneten unerhört hochverräterischen Treiben des Marxismus muß durch schärfstes Zugreifen **ein radikales Ende** bereitet werden.

In jedem anderen Staate der Welt würden solche Denunzianten glatt an die Wand gestellt werden; bei uns aber dürfen diese Lumpen die besten deutschen Männer den Franzosen ungestraft ans Messer liefern und heucheln dabei noch „Patriotismus" vor.

Wenn angesichts solcher jämmerlichen Schwäche dem rassefremden oder rassisch verköterten Auswurf unseres Volkes gegenüber die ganze Welt uns verachtet, der ein derartiges Geschehenlassen einfach unverständlich ist, so dürfen wir uns darüber **wahrlich** nicht wundern!

Letzte Nachrichten

Güterdiebstahl im besetzten Gebiet.

tu. **Koblenz,** 6. Juni. Die Interalliierte Rheinlandskommission hat durch eine am 9. Mai erlassene Verordnung Nr. 171 bestimmt, daß die auf den von der Regie betriebenen Eisenbahnen unbestellt (?) gebliebenen Wagenladungen vom 10. Juni ab ausgeladen und für die sowohl in den Wagen, als auch in den Magazinen befindlichen Waren genaue Verkaufsbedingungen festgesetzt werden.

Wie nun von zuständiger Stelle hierzu mitgeteilt wird, ist diese Ordonanz ungültig und nicht zu befolgen. Ihr Zweck ist, durch das Anerbieten scheinbarer Vorteile, die wirtschaftlichen Kreise für die Eisenbahnregie zu gewinnen und dadurch den deutschen Widerstand zu erschüttern. Wer Frachten an die Regie zahlt, begeht Landesverrat. Wer die Güter kauft oder beim Abtransport mitwirkt, begeht Hehlerei.

Zur Lage im Ruhrgebiet.

tu. **Aus dem Ruhrgebiet,** 6. Juni. Der Bahnhof Hamborn—Neumühle ist von den Belgiern wieder freigegeben worden. Auch der Bahnhof Sterkrade ist seit einiger Zeit wieder in deutschen Händen. Der Personenzugsverkehr Hamborn — Neumühle — Sterkrade — Wesel ist von der deutschen Verwaltung wieder aufgenommen worden.

Wilde Teilstreiks bei der Berliner Reichspost.

tu. **Berlin,** 6. Juni. Auf einzelnen Berliner Ämtern der Reichspost sind wilde Teilstreiks der Arbeiter, speziell der Telephonarbeiter ausgebrochen, obgleich die abgeschlossenen Lohnverhandlungen die Genehmigung der zuständigen Organisation gefunden haben.

Die Frage der Besetzung Österreichs durch fremde Truppen

tu. **Wien,** 6. Juni. Der sozialdemokratische jüdische Abg. Otto Bauer teilte in der gestrigen Sitzung des Nationalrats mit, der Abg. Graf Czernin habe im Jahre 1919 zweimal von dem damaligen tschechoslowakischen Gesandten Tuszar die Entsendung von Ententetruppen nach Wien verlangt und dieses Verlangen bei der Wiener Generalkonferenz wiederholt.

Werbt für den „Völk. Beobachter"

Münchener Beobachter

Amüsement geht vor!

Ich ärgere mich über mein anderweitig heißgeliebtes München....

Um es gerade heraus zu sagen: Es ist die neue Plakat-Monstrosität der „Fürstenbar": Zwei Modestrizzi, richtige Valuta-Vamphre, ein Bar-Counter, ... rechts hinten ein tanzendes Schieberpärchen. — Pfui! Pfui! Pfui! Für unsere Arbeiter ein sauberer Morning Cocktail in diesen Tagen der Volksnot und des Ruhrkampfes! Man kann sich leicht vorstellen, was ein solches Plakat auf den ehrlichen Mann, wenn er früh zur Arbeit geht, für einen tiefen Eindruck ausüben muß. Er wird ganz gewiß einsehen, daß nicht nur er die vaterländische Not zu tragen hat. Er wird sich wohl im stillen ein wenig schämen, so manches Mal gemurrt zu haben über die harten Zeiten. Er wird sich an den oberen Klassen ein Beispiel nehmen können, die trotz aller „Opfer" und „Spenden" doch den Kopf nicht hängen lassen. Es wird einsehen, daß die Lehre vom Klassenkampf leeres Gefasel ist. Es wird der Kommunistischen Partei noch am selbigen Tag seinen Austritt erklären; jeder muß das doch zugeben? Nicht wahr, verehrter Münchner Stadtrat, hochgebietendes Ministerium des Innern? Deshalb wurde wohl dieses Plakat genehmigt? Fraglos...

Soweit die Wirkung dieses Plakats auf den Handarbeiter; oder sollte ich mich getäuscht haben? Ich denke nicht... Was sollen aber die in München weilenden Ausländer sagen? Wie man weiß, erwartet das gesamte Ausland noch immer in irgendeiner Form, höflich aber bestimmt, daß Deutschland seine im Friedensfallissement zu Versailles eingegangenen Verpflichtungen einhält, daß es zahlt, zahlt, zahlt!

Wegen ein paar Amüsierlokalen würdigt sich da die Stadt München vor ganz Europa herunter. Was werden anständige deutschfreundliche Fremde sagen zu diesem jüngsten Spiegelbild schofelsten Schiebertums? Was werden sie sich denken, wenn sie die zwei jüdischen Schein-Gents, diese galizianischen Quasi-Kavaliere auf ihren snobischen Thronsesseln thronen sehen, den Zylinder salopp — berlinerisch im genußgierigen Nacken! Wie zwei schwarzbefrackte Wespen, die an verbotenen Früchten nagen!...

Nach außen machen da unsere Stadtväter, unsere Minister, die berühmten Trauermienen... „Das arme, hungernde Deutschland! Helft... Wir können nicht mehr... Wir sind am Ende... usw." Das ginge noch zur Not. Das Ausland würde, soweit es nicht französisch ist, das sogar noch glauben, aber da kommt irgendein Nachtschwärmerkonzern daher, schlägt ein Plakat an, und da lesen wir mit erstaunten Augen von Bonbonnieren", „Fürsten-Bars", „„Tango", „One Step", „Foxtrott", „Konfetti" und „Luftschlangen". Eine merkwürdige Melange das, nicht wahr? Sie paßt so schön zum untergehenden Deutschland, zu den französischen Reitpeitschen und marokkanischen Lustmorden!

München! München! München! Du machst dir den „Ruhrwiderstand" doch ein bißl arg bequem. Zugunsten von ein paar hundert Kellnern und Weinwirten wird da das Ansehen der Nation in der kurzsichtigsten Weise geschädigt. Das Ausland wird sich degoutiert abwenden. Man wird sagen: Würdelose, verlogene, schmutzige Bande, diese Deutschen! Jetzt haben sie den Krieg verloren und spielen noch immer die Bonvivants und Weltfatzken. Renommistisch, arrogant, perfide, würdelos. Zum Teufel mit ihrem ewigen Teilnahmegewinsel, mit dem sie die Welt zur Intervention bewegen wollen! Die Bande gehört unter die Knute, das ist, was sie verdient. Nichts anderes!

Ja, meine lieben Zeitgenossen, so wird gesprochen, und zwar täglich, täuscht euch nur ja nicht darüber.

Wenn euch ein Bettler in Lackstiefletten und Glacéhandschuhen um ein Almosen angeht, ihr werdet ihn hinauswerfen, den Frechter ... und so wird es uns gehen, solange wir nicht gänzlich umstecken und spartanische Selbstzucht betätigen.

Zum Schluß: Die Duldung dieser Art von Reklame ist unser eigener Schiedsspruch. Glaubt es, oder glaubt es nicht! Der Amüsierbetrieb gehört unter die Knute oder ihr bekommt die Knute ... und mit Recht. Biz.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Ein Abschluß der Monsunwetterlage ist auch heute nicht zu erkennen.

Wettervorhersage für Donnerstag, den 7. Juni: Weiterhin kühl, unbeständiger Witterungscharakter.

Rohmeder-Feier. Die Völkischen Verbände Münchens laden ein zu einem großen vaterländischen Festabend zu Ehren des Stadtschulrates a. D. Dr. Wilhelm Rohmeder aus Anlaß seines 80. Geburtsfestes am Donnerstag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, im großen Wagnersaale. Festredner: Professor Dr. Oswald Deuerling. Musikalische und gesangliche Darbietungen werden von der altgermanischen Markgenossenschaft Germania und von der Orchesterabteilung der Neu-Bavaria in freundlicher Weise geboten. Abordnungen aus Tirol in Volkstracht.

General Graf v. Horn †. Der frühere Kriegsminister und Generaladjutant General der Infanterie Graf v. Horn ist im 77. Lebensjahre einem Schlaganfall erlegen. Graf von Horn war von 1905 bis 1912 bayerischer Kriegsminister, gehörte zu den besonderen Vertrauenspersonen des Prinz-Regenten Luitpold und war 1911 zum Generaloberst der Infanterie befördert worden. Es dürfte als eine der markantesten Erscheinungen des monarchischen Bayern angesprochen werden.

Probefahrt des Lloyddampfers „München". Von Swinemünde sind unterm 5. Juni folgende Telegramme eingelaufen: An den Oberbürgermeister Schmid, München: Nachdem Dampfer „München" soeben im Großen Belt nach gut verlaufener Probefahrt vom Lloyd übernommen wurde, begrüßen Lloyd und Bauwerft die Patenstadt, deren Kunst und Arbeit an Vollendung dieses schönen Werkes deutschen Schiffsbaues hervorragenden Anteil hatte. Nur die gemeinschaftliche Arbeit für ein großes Ziel kann uns wieder aufwärts führen. Norddeutscher Lloyd, Vulkanwerft. — Radio-Telegramm an den Stadtrat München: Von herrlicher Probefahrt „München" Gruß der Patenstadt. Patenschiff und Münchener Arbeit glänzende Leistung. Für Münchener Teilnehmer: Küfner, Norddeutscher Lloyd, Vulkanwerft.

74

Oliver Twist

Roman von Charles Dickens.

Der treffliche Doktor hatte aber sein ganzes Leben über nie anders als nach den Eingebungen des Augenblicks gehandelt, und es gereichte dem Herzen, welchem dieselben entflammten, nicht zur Unehre, daß er ihnen, weit entfernt, durch sie in Mißhelligkeiten und Ungelegenheiten verwickelt zu werden, die Achtung und Liebe aller derjenigen, welche ihn kannten, verdankte. Die Wahrheit zu gestehen, er war allerdings eine Weile mißgelaunt, daß es ihm nicht gelungen war, bei der ersten besten Gelegenheit, welche sich ihm darbot, einen schlagenden Beweis für die Wahrheit von Olivers Geschichte aufzufinden; aber dies währte nicht lange, und da Olivers Antworten auf seine Fragen mit den früheren durchaus gleich lauteten und offenbar stets dasselbe Gepräge der Aufrichtigkeit und Wahrheit trugen, so entschloß er sich, denselben fortan vollen Glauben zu schenken.

Da Oliver den Namen der Straße, in welcher Herr Brownlow wohnte, kannte, so bedurfte es keiner weiteren Nachfrage, und als die Kutsche in dieselbe einbog, schlug das Herz des Knaben so lebhaft, daß er kaum zu atmen vermochte.

„Nun, welches Haus ist's?" fragte Herr Losberne.

„Das dort!" antwortete Oliver, hastig aus dem Fenster deutend, „das weiße Haus. O lassen Sie eilen, ich bitte, lassen Sie eilen! Es ist mir, als ob ich sterben sollte, ich bebe am ganzen Leibe."

„Sei klug, Knabe", sagte der gute Doktor, ihn auf die Schulter klopfend. „Du bist jetzt im Augenblick bei ihnen, und sie werden nicht wenig erfreut sein, dich gesund und wohl wiederzusehen."

„Ach, ich hoffe es", versetzte Oliver. „Sie waren so gütig — so gar gütig gegen mich, Sir."

Die Kutsche rollte weiter. Sie hielt an. Nein, das war nicht das rechte Haus — die nächste Türe. Man fuhr einige Schritte weiter und machte abermals Halt. Oliver sah aus dem Fenster, und Tränen freudiger Hoffnung rollten über seine Wangen.

Aber ach, das weiße Haus war leer, und an einem unteren Fensterladen klebte ein Zettel mit der Aufschrift: „Zu vermieten".

„Wir klopfen an der nächsten Türe an", rief Herr Losberne, Oliver am Arm nehmend. „Können Sie uns nicht sagen, was aus Herrn Brownlow, der in dem anstoßenden Hause wohnte, geworden ist?"

Das Dienstmädchen wußte es nicht, wollte aber hinaufgehen und fragen. Sie ließ nicht lange auf sich warten, und berichtete, daß Herr Brownlow alle seine Besitzungen verkauft hätte und vor sechs Wochen nach Westindien abgereist sei. Oliver schlug die Hände zusammen; seine Knie wollten ihn nicht mehr tragen.

„Hat er seine Haushälterin auch mitgenommen?" fragte Herr Losberne nach einer kurzen Pause.

„Ja, Sir", antwortete das Dienstmädchen. „Der alte Herr, die Haushälterin und ein Freund von Herrn Brownlow — alle gingen miteinander."

„Dann wieder heimwärts!" rief Herr Losberne dem Kutscher zu, „du kannst deine Pferde füttern, wenn wir dieses verwünschte London im Rücken haben."

„Aber der Buchhändler, Sir?" erinnerte Oliver. „Ich kenne den Weg zu ihm. Besuchen Sie ihn."

„Mein gutes Kind, es ist der Täuschung genug für einen Tag," erwiderte der Doktor, „hinreichend genug für uns beide. Wenn wir zu dem Hause des Buchhändlers kämen, so würden wir sicherlich finden, daß er tot oder davongelaufen ist oder sein Haus angezündet hat. Nein, wir gehen jetzt schnurstracks wieder nach Hause."

Und des Doktors erster Eingebung zur Folge, ging es der Heimat zu.

Diese herbe Täuschung machte Oliver selbst in der Mitte seines Glückes vielen Kummer, denn es hatte ihm während seiner Krankheit so manche vergnügte Stunde gewährt, wenn er sich vergegenwärtigte, was Herr Brownlow und Frau Bedwin wohl sagen und wie sie sich freuen würden, wenn er ihnen erzählte, wieviele lange Tage und Nächte er ihrer Wohltaten gedacht und die grausame Trennung von ihnen beklagt hätte. Auch hatte ihn die Hoffnung, sich vollständig gegen sie rechtfertigen, und die Art seiner Entführung auseinandersetzen zu können, in vielen seiner neueren Prüfungen gekräftigt und aufrechterhalten, und nun erlag er fast dem Gedanken, daß sie so weit fortgezogen seien mit dem Glauben, er wäre ein Betrüger und Dieb — einem Glauben, den er ihnen vielleicht sein ganzes Leben über nicht zu benehmen vermochte.

Dieser Vorfall änderte jedoch nichts in dem Benehmen seiner Wohltäter. Als nach vierzehn Tagen schönes, warmes Wetter einzutreten begann und die Bäume sich in junges Grün und reiche Blüten kleideten, traf man Anstalten, das Haus in Chertsey auf einige Monate zu verlassen. Das Silberzeug, welches die Habsucht des Juden gereizt hatte, wurde zu dem Bankier geschickt, und die Bewachung des Hauses Giles und einem anderen Diener überlassen; dann reisten die Damen nach einem entfernten Landhause ab und nahmen Oliver mit sich.

Wer vermag die Lust und Wonne, den Seelenfrieden und die sanfte Ruhe zu schildern, die der genesende Knabe in der balsamischen Luft, auf den grünen Hügeln und in den schattigen Wäldern des lieblichen Dörfchens empfand. Wer kann es in Worten ausdrücken, welche frische Szenen des Friedens und der Ruhe sich in die abgematteten Gemüter derer gießen, welche sich dem Drucke dichtbevölkerter, geräuschvoller Städte unterziehen müssen? Menschen, welche ihr ganzes, mühevolles Leben über in volkreichen Straßen wohnten und sich nie nach einem Wechsel sehnten; Menschen, bei denen die Gewohnheit wirklich zur zweiten Natur wurde, und die sogar so weit kamen, jeden Pflasterstein zu lieben, der den engen Grenzen ihrer täglichen Spaziergänge angehört — selbst solche Menschen haben sich, sogar wenn sie schon der Hauch des Todes umwehte, endlich nach einem kurzen Blicke in das Antlitz der Natur gesehnt. Ferne von den Schauplätzen ihrer gewohnten Mühen und Freuden scheinen sie dann mit einem Male neu aufzuleben, suchen Tag für Tag irgendein grünes, sonniges Plätzchen, empfinden schon bei dem Anblicke des blauen Himmelsgewölbes, eines Hügels, einer Aue oder eines silberhellen, plätschernden Baches, an dem Abend ihres Lebens einen Vorschmack von himmlischer Seligkeit und sinken so ruhig in ihr Grab, wie die Sonne ihren trüber werdenden Blicken entschwand, deren Niedergang sie vielleicht vor einigen Stunden noch aus dem Fenster ihres einsamen Kämmerleins mit ansahen. Die Erinnerungen, welche die friedlichen Szenen einer schönen Landschaft wecken, gehören nicht dieser Welt und ihren Hoffnungen an. Der besänftigende Eindruck, den sie üben, lehrt uns frische Kränze für die Gräber unserer Lieben winden, veredelt unsere Gedanken und vermag selbst die Gefühle alten Hasses und alter Feindschaft niederzukämpfen.

Der neue Aufenthalt unserer Freunde war ein ungemein lieblicher Ort, und für Oliver, der bisher seine Tage fast immer in schmutzigem Gedränge und lärmenden Szenen zugebracht hatte, schien ein neues Leben zu erblühen. Rosen und Geißblatt umgaben die Wände des Landhauses, Efeu kroch um die Stämme der Bäume und Gartenblumen erfüllten die Luft mit köstlichen Düften. In der Nähe befand sich ein kleiner Kirchhof, nicht mit hohen, formlosen Grabsteinen gefüllt, sondern mit niedrigen Moos- und Rasenhügeln bedeckt, unter denen die alten Leute des Dorfes ihren letzten Schlaf schliefen. Oliver machte oft hierher seinen Spaziergang, setzte sich manchmal, wenn er des ärmlichen Grabes seiner Mutter gedachte, auf einem der Hügel nieder und schaffte in unbeachteter Einsamkeit seinem trauernden Herzen durch Tränen Erleichterung; wenn er aber dann seine Augen zu dem tiefblauen Himmel über ihm erhob, und sich statt des Grabes den Aufenthalt der Seligen dachte, so flossen zwar seine Tränen fort, aber ohne Schmerz.

(Forts. folgt.)

Sommersonderzüge 1923. Zur Erleichterung von Erholungs- und Ferienreisen werden auch im heurigen Sommer Sommersonderzüge mit Fahrpreisermäßigung gefahren. Die Züge führen nur die 3. Wagenklasse, sie werden schnellzugmäßig durchgeführt. Die Fahrpreisermäßigung beträgt 25% für die Hin- und Rückfahrt. Zur Benützung der Züge werden Rückfahrkarten mit einer Geltungsdauer von 2 Monaten ausgegeben, die zur Hinfahrt nur mit dem Sonderzug, zur Rückfahrt mit allen Eil- und Personenzügen, mit Schnellzügen gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages berechtigen.

Für Reisende aus dem rechtsrheinischen Bayern werden folgende Züge gefahren: München—Hamburg—Bremen am 16. Juli; München—Mannheim am 16. Juli und 2. August; Stuttgart—Würzburg—Berlin am 29. Juli; München—Berlin am 16. Juli und 14. August; München—Dresden—Breslau am 12. August. Die allgemeine Betriebslage und die Wagenknappheit verbieten es, mehr Züge zu fahren als vorgesehen. Es wird vielmehr, wenn die im Zuge verfügbaren Plätze verkauft sind, die Fahrkartenausgabe eingestellt, weshalb es sich empfiehlt, sich möglichst frühzeitig eine Sonderzugskarte zu sichern. Alles Nähere besagen die Anschläge, die auf größeren Stationen zum Aushang kommen werden, oder die in handlichem Format hergestellten Merkblätter über diese Sonderzüge, die auf den Stationen zum Preis von 50 M. erhältlich sind.

Zugsverbindung München — Würzburg — Altona. Die zur Zeit zwischen Würzburg und Altona verkehrenden Züge D 89/90 werden künftig auch zwischen München und Würzburg in Verkehr gesetzt, und zwar trifft D 90 erstmals am Freitag, 8. Juni, in München ein und D 89 fährt erstmals am Samstag, 9. Juni, in München ab.

Eine neuerliche riesige Erhöhung der Schlachthofgebühren hat der Monat Juni den Münchener Metzgermeistern und mit ihnen auch den Fleischkonsumenten gebracht. Dieselben überragen die erst zu Beginn des Monat Mai erhöhten Gebühren abermals um 80 bis 120 Prozent und stellen sich nunmehr für Schlachtung, Marktbenützung und Versicherung gegen Fehlschlachtungen folgendermaßen: Für Ochsen und Kühe 60 000 M., für Bullen 54 000 M., für Jungrinder 37 000, für Kälber 6400 M., für Fettschweine 20 500 M., für gemeine Schweine 13 500 M., für Läuferschweine 11 000 M., für Ferkel 2000 M., für Schafe 4000 M., für Ziegen 3000 M., für Lämmer und Kitze 700 M. An Schlachtgebühren allein sind zu bezahlen: für Pferde 10 000 M. und für Hunde 6700 M. Erfolgt die Schlachtung nicht noch am betreffenden Markttage, so sind außerdem noch für jeden Tag und für jedes Stück Einstellgebühren zu bezahlen, welche nach den verschiedenen Viehgattungen sich zwischen 100 M. bis 1200 M. bewegen.

Geschäftsausweis der Standesämter im Mai 1923. Bei den vier Standesämtern in München wurden im Mai 1923 beurkundet: 847 (Vorjahr 961) Geburten, 802 (881) Sterbefälle, 678 (743) Eheschließungen und 142 (68) Ehescheidungen.

Einbrüche. Bei Einbrüchen in der Agnes-Bernauer-, Steinsdorff-, Winthir- und Häberlstraße wurden Bett- und Leibwäsche, Silberbestecke u. a. im Wert von mehreren Millionen Mark gestohlen. — Aus einem Schuhwarengeschäft in der Altstadt wurden schwarze Damen-Halb- und Spangenschuhe im Wert von ¾ Millionen Mark und aus einem Blusengeschäft an der Rumfordstraße Blusen, Röcke, Mäntel, Kleider im Wert von zehn Millionen Mark gestohlen.

Unbekannte Tote. In der Volkmannsdorfer Au wurde die stark verweste Leiche eines etwa 26—30 Jahre alten Mannes, ziemlich klein, schwarzhaarig, bartlos, mit rotblau gestreiftem Hemd und grün-rot gestreifter Joppe aus der Isar geborgen. — Am Nordeingang zur Benediktenwand wurde die Leiche eines vermutlich vor fünf Tagen abgestürzten etwa 22 Jahre alten Turisten geborgen. Dem Toten fehlt der linke kleine Finger. Er hat dunkle Haare, ist ziemlich klein, trug Manschesterhose und rötlich gestreiftes Hemd. Sachdienliches Münchener Polizei, Vermißtenamt.

Millionenbetrügereien eines Franzosen in München. Wir haben uns schon einmal mit einer Autoreifen- und Autoölfirma, der Firma Rueff an der Bayerstraße, deren Besitzer Franzose ist, beschäftigt. Mit diesem Herrn befaßt sich zur Zeit die Münchener Polizei, sie nahm ihn ins Kittchen, um ihn genau auf Nieren und Leber zu prüfen. Aber nicht, weil er Franzose ist, sondern ein Betrüger, der einige Firmen um elf Millionen Mark betrog. Das kam so. Der 35 Jahre alte, sich Kaufmann nennende, Inhaber der Firma versprach autobesitzenden Firmen Autobetriebsmittel, Benzole u. a. zu liefern. Er forderte Vorausbezahlung, die er auch erhielt. Das Geschäft war aber faul. Die Geldgeber erhielten meist nicht das Bestellte, da der „Lieferant" das Geld für seinen Luxus benötigte. Jetzt sitzt er, getrennt von seinem „kleinen Frauchen", im roten Haus an der Ettstraße; er wird jedenfalls jetzt mit dem Luxusauto der Polizei eine Reise, nicht nach Tegernsee, sondern nach Neudeck antreten. Weitere Betrogene wollen sich melden Zimmer Nr. 472, Polizeidirektion München. — Während also Poincarés Mordbrennerbanden im Ruhrgebiet und in der Pfalz unsere deutschen Brüder ausrauben, ausweisen und totschießen, darf ein Franzose in München ungeschoren solange seinen Geschäften nachgehen, bis er sich als Betrüger entpuppt.

Kleine Chronik. Am Mittwoch früh sprang im Bahnhof Planegg die 19 Jahre alte Hilfsarbeiterin Marie Auer auf den bereits in Fahrt befindlichen Münchener Vorortszug, glitt aus und geriet unter die Räder. Es wurden ihr beide Beine oberhalb des Knies abgefahren. — In der Kaiserstraße stürzte am Dienstagabend die vier Jahre alte Karoline Seitz vom dritten Stockwerk über das Stiegengeländer. Sie blieb auf der Stelle tot. — Im Anwesen Nymphenburger Straße 158 brach im zweiten Stockwerk ein Stück der Seitenmauer heraus und fiel im Nebenanwesen auf das Waschhausdach, dieses durchschlagend. Eine im Waschhaus arbeitende Frau wurde leicht von Mauerteilen verletzt. — In einem Schuppen an der Prinz-Eugen-Straße geriet am Dienstagabend ein größerer Kohlenhaufen in Brand; das Feuer wurde in 1½ Stunden von der Berufsfeuerwehr gelöscht. — Im Münchener Hauptbahnhof wurde ein mit dem Kemptener Zuge kommender Bäcker verhaftet, der im Schongauer Revier gewildert hatte. Die Beute, einen Rehbock und zwei Geißen, sowie das Gewehr hatte er bei sich. — In der Nacht zum Mittwoch wurden in Obersiegsdorf bei Traunstein für zehn Millionen Mark Felle, Herren- und Damenschuhe gestohlen.

Millionenspenden für die Münchener Studenten. Die Deutsch-Amerikanische Hilfsgesellschaft hat durch Herrn Christ. Rebhan in München 2 000 000 M. für die notleidenden Studenten der Universität München zur Verfügung gestellt.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe München. Donnerstag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, Monatshauptversammlung, „Pschorrbräu", Bayerstr. 30.

*

Bestattungen

Am 7. Juni.

Südfriedhof. Mathilde Pötsch, Hofmusikerswitwe, 75 J., 2 Uhr. — Pauline Horlacher, Apothekerswitwe, 83 J., 2½ Uhr.

Ostfriedhof. Johann Weißenberger, Steinmetzmeister, 52 J. 11 Mt., 2½ Uhr. — Therese Jana, Oberexpeditorstochter, 41 J., 2½ Uhr. — Karl Jenn, Hoftheatermeister, 70 J., 2¾ Uhr. — Berta Lanzinger, Stereotypeursgattin, 48 J., 2¼ Uhr. — Alfons Kögl, Fuhrmannskind, 1 J. 10 Mt., 2 Uhr. — Helene Fuhrmann, Maschinistenskind, 1 J. 3 Mt., 2¼ Uhr.

Nordfriedhof (Schw.). Anna Schultes, Malerswitwe, 78 J., 3 Uhr. — Anna Maier, Hilfsarbeiterskind, 4 J. 5 Mt., 2 Uhr.

Westfriedhof (Moosach). Anna Hafner Viehhändlersgattin, 40 J., 3½ Uhr. — Paul Hollert, Pfarrer, 53 J., 3 Uhr. — Maria Englbrecht, Leinwandmeisterin, 75 J., 2½ Uhr. — Frieda Weber, Oberheizerskind, 4 Mt., 2¼ Uhr.

Waldfriedhof (Holzapfelkr.). Hermann Schulz, Zugführer a. D., 67 J., 3½ Uhr. — Joachim Hoffmann, Oberleutnant, 4 Uhr. — Walburga Mayer, Taglöhnerswitwe, 76 J., 2½ Uhr. — Johann Resch, Photograph, 74 J., 2 Uhr.

*

Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus

München, 6. Juni.

Aus dem Verhör der Angeklagten, das am Dienstag abend zu Ende geführt wurde, ist noch folgendes nachzutragen: Der Angeklagte Kaufmann Berger, Bezirksleiter des Blücherbundes, der einer politischen Partei nicht angehört, dagegen als Mitglied des Freikorps Oberland 1919 an der Befreiung Münchens teilgenommen hat, lernte Machhaus im September 1922 kennen, hat aber nicht von diesem Weisungen erhalten, sondern vom Vorsitzenden des Blücherbundes, dem Zeugen Schäfer. Januar 1923 fand eine Führersitzung des Blücherbundes statt, in der Schäfer, wie in einer nachfolgenden Sitzung, verlangte, daß neue Leute geworben und am 3. Februar die Mannschaftslisten eingereicht werden müßten; er hatte dabei aber nicht einen Putsch im Auge, wie der Zeuge bekundet, der im übrigen Gegner des Schäfer ist und diesen dafür verantwortlich macht, daß er in die Hochverratssache mit hineingezogen wurde.

Im Blücherbund bestanden schwere Differenzen, die wiederholt beizulegen versucht wurden. Bei einer dieser Sitzungen hat Berger den Namen Richert gehört; es war am 25. Februar. Die Ausstellung der Mitgliedskarte für Richert erklärt der Angeklagte damit, daß ihn Machhaus gebeten habe, für einen gewissen Kreuzer eine Karte auszustellen. Er habe gedacht, es handle sich um ein neues, einwandfreies Mitglied; Machhaus habe auch die Adresse des Kreuzer in der Schellingstraße angegeben.

Er würde es als niederträchtige Zumutung betrachtet haben, einem Franzosen eine Mitgliedskarte auszustellen; eine solche Gemeinheit habe er dem Machhaus nicht zugetraut.

Auch seinen Paß will Berger aus Gefälligkeit dem Machhaus zu einer Reise in das besetzte Gebiet überlassen haben; erst im Untersuchungsgefängnis habe er erfahren, daß den Paß Richert erhielt. Von Machhaus hat Berger zusammen 4 Millionen Mark erhalten, die für organisatorische Zwecke verwendet wurden; persönlich habe er nichts genommen. Berger erklärt, geglaubt zu haben, das Geld stamme von der Großindustrie. Er hätte sich von der Sache ferngehalten, wenn ihm Schäfer reinen Wein eingeschenkt hätte. Noch 15 Stunden vor seiner Verhaftung habe er seine Leute, übrigens nur 360 Mann, der Reichswehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung gestellt.

Der Kaufmann Johann Munk, der zuletzt vernommene Angeklagte, stammt aus einer deutschen Sprachinsel der Tschechoslowakei, dem Znaimer Kreis, er kam 1908 nach Nürnberg, 1909 nach München. Er war politisch von 1897 bis 1919 sozialistisch orientiert, heute gehört er keiner Partei mehr an, neigt aber nach rechts. Er war mit Dr. Kühles bekannt und hat mit diesem wie mit Fuchs und Mayr wegen der Einfuhr böhmischer Kohle verhandelt. Munk erklärt, er habe nur Bayern vor dem Bolschewismus retten wollen; daß hinter der Sache Frankreich stecke, habe er nicht gewußt. Er wollte lediglich wirtschaftliche Beziehungen zu Prag zur Verfügung stellen, von militärischen Dingen verstehe er nichts. Interessant ist, daß anscheinend Kühles an das Gelingen der Aktion am 24. Februar glaubte: am 27. habe dann Kühles in großer Erregung erklärt, jetzt sei alles verloren, da Pöhner nicht mittue. Kühles habe als besonderes Steckenpferd die bayerische Guldenwährung geritten und auf ihn einen leisen Zwang ausgeübt, damit er sich zur Verfügung stelle.

Munk hat auch unter Eisner und Hoffmann die Verbindungen mit der Tschechoslowakei zwecks Kohleneinfuhr als Fachmann auf diesem Gebiete gepflegt. Der Angeklagte Fuchs schildert Munk als Mann von großdeutscher Gesinnung.

In der Mittwochsverhandlung wird Bezug genommen auf ein Verhörprotokoll des verstorbenen Rechtsrates Dr. Kühles, das kurz vor seinem Tod aufgenommen worden ist. Darin führt er unsere wirtschaftliche Lage auf die Valutaverhältnisse zurück und erklärt eine Stabilisierung der Mark für unumgänglich notwendig; ferner gibt er seine Ansicht dahin kund, daß eine Stabilisierung in einem Teile Deutschlands versucht werden müsse, der sich selbst ernähren könne, da er einen geschlossenen Wirtschaftskörper darstelle. Was Bayern anlangt, so würde die Schaffung eines solchen bayerischen Wirtschaftskörpers keine ewige Trennung vom Reiche bedeuten.

Das Gericht nahm dann nochmals die Vernehmung des Angeklagten **Munk** auf, der sich über den sogenannten Regentschaftsrat zu äußern hatte. Munk sah in dieser Institution nach seiner Angabe nichts anderes als eine übergeordnete Stelle der Ministerien, keine Ausschaltung derselben. Dem Angeklagten werden schließlich verschiedene Äußerungen vorgehalten, die er früher gemacht habe und aus denen seine im Grunde deutschfeindliche Einstellung hervorgehen soll. Munk stellt diese Äußerungen entschieden in Abrede.

Eine sehr dramatische Szene entwickelt sich in der Folge bei Verlesung verschiedener Telegramme, die von dem Angeklagten Fuchs an Richert unter dessen verschiedenen Decknamen gerichtet worden sind und in denen unter dem Schein von Zementbestellungen Gelder angefordert werden. Fuchs versucht zunächst, bei einem dieser Telegramme die Urheberschaft in Abrede zu stellen, muß sich aber schließlich doch herbeilassen, die Autorschaft zuzugeben. Der Vorsitzende faßt seine Vorhalte dahin zusammen, daß aus den Telegrammen unzweideutig hervorgehe, daß man damals beabsichtigt hat loszuschlagen, und zwar unter Frankreichs Führung, daß der Gedanke einer Abwehrbewegung vollkommen in den Hintergrund getreten war.

Einem Antrag des Verteidigers **Grafen Pestalozza** auf Ladung der **Abg. Auer, Held, Hilpert** als politische Sachverständige lehnt das Gericht ab, da es sich um eine reine Tatfrage handle, wozu die Zuziehung von Sachverständigen nicht notwendig sei.

Hierauf wird in die Vernehmung des **Hauptbelastungszeugen, des Majors Mayr,** eingetreten. Der Verteidiger des Fuchs, **Graf Pestalozza,** widerspricht der Vereidigung des Zeugen mit dem Hinweis, daß der Zeuge als Anstifter und Mittäter in Betracht komme; er sei Agent provokateur. Auch diesen Antrag lehnt das Gericht ab.

Mayr schildert in ungemein breiter Form, wie er in Beziehung zu Fuchs und Machhaus trat. Er habe von Anfang an zusammen mit seinem Kriegskameraden **Friedmann die Absicht** verfolgt, die Fuchs-Machhausschen Umtriebe **aufzudecken.** Ihn hätten vor allem die außenpolitischen Verhältnisse interessiert, nicht jene innerhalb der vaterländischen Organisationen. Es sei ihm in erster Linie darum zu tun gewesen, den Richert in die Hand zu bekommen. **Interessant ist, daß Mayr an Fuchs und Machhaus eine Aufstellung über die für die Aktion benötigten Maschinengewehre, Tanks, Flugzeuge usw. zur Weiterleitung gegeben hat, die von Frankreich via Richert angefordert werden sollten.** Richert soll darauf erwidert haben, er sehe schon, daß die Sache jetzt Hand und Fuß habe und er werde selbst mittun. Die Prager Reise, die der Verbindung mit den dortigen Stellen dienen sollte, hat Mayr nicht angetreten, sich vielmehr von Berlin aus in einem Schreiben an Fuchs entschuldigt, das in Abschrift notariell festgehalten ist, die bislang gepflogenen Verhandlungen und die Prager Aufträge enthielt und dem Mayr später als Deckung dienen sollte. **In den Prager Aufträgen waren genannt: Verhinderung des Eingreifens von Truppen von Norden her durch einen tschechischen Aufmarsch an der sächsischen Grenze, Bezeugung des bayerischen Desinteressements an gewissen oberschlesischen Gebietsverschiebungen zugunsten der Tschechei, Zusicherung strikter Zurückhaltung gegenüber den deutsch-österreichischen Verhältnissen im Falle einer bayerischen Aktion.**

*

Landtag

Der Etat des Innern.

Das Landtagsplenum hat in seiner Dienstagssitzung, nachdem es die Genehmigung zur Verhaftung des Abg. Eisenberger erteilt hatte, die Beratung **des Etats des Innern** begonnen. **Erster Redner war Abg. Theodor Auer von der Bayerischen Volkspartei,** der einleitend der Leiden der Bevölkerung der besetzten Gebiete, besonders der Pfalz, gedachte und zu größerem Verständnis und Opfersinn mahnte.

Auer, der ja der Spezialist der Partei in der Hitlerbekämpfung ist und bei jedem Anlaß kräftig auf uns losschimpft — mit welchem Erfolg, zeigt das Anwachsen unserer Bewegung —, sprach nach solchem Exkurs die Hoffnung aus, daß die vaterländischen Vereinigungen in Bälde von den Schlacken des Parteigetriebes (d. h. aber Theodor Auer meint, sich in den Dienst seiner Partei gestellt zu haben) sich gereinigt haben werden, daß der Ehrgeiz der Führer zurückgestellt und nur das Wohl des Vaterlandes verfolgt werde, damit in den kommenden schweren Tagen diese Vereinigungen Bayerns Volk und Regierung stützen können. (Vollster Unterstützung kann jede völkisch gerichtete bayerische Regierung sicher sein.)

Auer bedauerte nach einer recht merkwürdigen Wendung, die Angriffe auf die staatliche Ordnung seien in der letzten Zeit nicht nur von links, sondern in besonderem Maß auch von rechts gekommen, den Abgang des tüchtigen Polizeipräsidenten Nortz, dessen bewährte Kraft anderweitig nutzbar gemacht werden müsse. Er lobte die zuverlässige Landespolizei und die Regierung, die gezeigt habe, daß sie Ruhe und Ordnung aufrechterhalten kann. Das Verhalten des Nürnberger Bürgermeisters Dr. Luppe fand eine halbe Entschuldigung: Luppe stamme aus Frankfurt und habe sich in die bayerischen Verhältnisse noch nicht hineingefunden; im übrigen habe er aber seine Stellung und Pflichten so sehr verkannt, daß schon aus diesem Grunde die baldige Errichtung der staatlichen Polizeidirektion in Nürnberg notwendig sei.

Weiterhin verlangte der Redner Abbau der Landespreisstelle, strenge Handhabung der Fremdenpolizei gegen Hetzapostel, Spitzel, Spione und Aufkäufer, Förderung des Heimatschutzes, höhere Mittel für die Unterhaltung der bayerischen Straßen, Pflege des Fischereiwesens und schloß mit einem Appell an den Idealismus im Volke, der allein wieder in die Höhe führen kann.

Die Aussprache wurde am Mittwoch fortgesetzt.

Der Marxistenhäuptling Erhard Auer läßt eine seiner bekannten Redereien vom Stapel, teils auf die kriegerische Note eines Mohammed, teils auf den weinerlichen Ton des seligen Jeremias abgestimmt, wobei er zum Schluß gegen das fünftägige Verbot des marxistischen Verhetzungsblattes protestiert. Es lohnt sich wahrlich nicht, auf sein Geschwätz näher einzugehen.

Präsident Königsbauer erteilte ihm einen Ordnungsruf, weil er gegen den Minister Schweyer den Vorwurf erhob, daß dieser dem französischen Agenten Richert Vorschub geleistet hätte.

Abg. Brosius von der B.M.P. äußerte sich zum Schlusse seiner Ausführungen auch über die Judenfrage, wobei er folgendes sagte:

Im völkischen Gedanken stehen wir auf dem Standpunkt, daß

in dem Judentum der Quell der Zersetzung zu sehen ist, und daß daher der Kampf gegen diese Zersetzungsmacht geführt werden muß lediglich aus Liebe zu Volk und Vaterland.

Wir haben das Volk aufgeklärt und zur Abwehr in klarer, sachlicher Weise aufgefordert. Die Judenfrage kann nicht dadurch gelöst werden, daß man den Mund recht weit aufreißt. Wir Deutschnationalen stehen auf dem föderalistischen Standpunkt des Bismarckischen Staatensystems und verwerfen den Unitarismus. Wir verwerfen jeden politischen Terror, können aber nicht die Bemerkung unterlassen, daß die Terrorakte zumeist und nahezu ausschließlich von der Linken ausgeübt werden.

Wir verurteilen die Severingschen Methoden aufs schärfste. Der Internationalismus der Sozialdemokratie hat gründlich Schiffbruch gelitten. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland leben und wieder einmal frei werden wird: wir müssen uns auf dem Boden einer gemeinsamen nationalen Politik finden.

Nach einer gegen den Abg. Held gerichteten persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Zahnbrecher (fraktionslos) des Inhalts, daß durch eidesstattliche Erklärungen vor dem Notariat Berchtesgaden die Erklärung Helds vor Gericht, er habe Zahnbrecher nicht Ehrenwortbruch vorgeworfen, widerlegt worden sei, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vorm. 9 Uhr vertagt.

*

Münchener Rathaus

Münchens Schuldenlast

Die gesamten Schulden der Stadt Ende 1922 beziffern sich auf 2261 Millionen Mark, was dem Finanzreferenten gleichfalls „als verhältnismäßig günstig" erscheint. Gegenüber dem Vermögensstand der Stadt ergebe sich ein Überschuß von mehreren hundert Millionen Goldmark. Im Anlehenshaushalt sind u. a. folgende Aufwendungen vorgesehen: für die Elektrizitätswerke 7599 Mill., Gaswerke 50 Mill., Straßenbahnen 1587 Mill., Volksschulen 1000 Mill., Wasserversorgung 1801 Mill., Kanalisation 3800 Mill., Anlehensvorschüsse an die städt. Betriebe, Anstalten und Stiftungen 7441 Mill. Mark. Wirtschaftlichen Notwendigkeiten kommt der Haushalt dadurch entgegen, daß für Wertabschreibungen und Rücklagen zum Erneuerungsfonds 10 862 Mill. Mark vorgesehen sind.

Die vorgesehenen Gehälter der Beamten, Angestellten, Lehrer usw., sowie die Ruhegehaltsbezüge betragen 48 783 Mill., die Arbeitslöhne und Versorgungsbezüge 29 416 Mill. M. Zur Zeit sind bei der Gemeinde beschäftigt 5602 männliche und 444 weibliche Arbeiter.

Die Beseitigung des Ausfalls von 2754 Mill. M. erhofft sich der Finanzreferent von den in der Novelle zum Landessteuergesetz in Aussicht gestellten neuen Einnahmequellen. Die Novelle ist aber immer noch nicht vom Reichstag in Beratung genommen, weshalb, „um auf den Reichstag einen Druck auszuüben", an diesen der Antrag gestellt werden soll, daß die Novelle zum L.St.G. beschleunigt verabschiedet wird. Ferner wurde beschlossen, für 1923 an Gemeindeumlagen zu erheben 400 Prozent zur Haus- und Gewerbesteuer und 600 Prozent zur Grundsteuer. Die jetzt bestehenden Gebührensätze werden ausnahmslos weiterbewilligt. Die seit 1. April eingetretenen Sachkostenüberteuerungen werden alsbald in einer weiteren Vorlage zusammengefaßt, die neuerliche Gebührenerhöhungen zur Folge haben wird. Im übrigen wird strengste Sparsamkeit zur Pflicht gemacht, wenn z. B. beschlossen wurde, daß während des Haushaltjahres weitere Kredite für neue, im Haushaltplan nicht vorgesehene Zwecke nur in ganz besonderen Ausnahmefällen angefordert werden dürfen. Die Referenten und Dienstzweigvorstände sind persönlich dafür haftbar, daß jede Kreditüberschreitung ohne besondere Genehmigung unterbleibt. Die „Etatereden", die von den Sprechern der einzelnen Parteien an den Haushaltplan in gewohnt breiter Weise geknüpft wurden, konnten natürlich an dem vorliegenden Ziffernmaterial nichts ändern. Ein Eingehen auf sie wäre deshalb höchst überflüssig.

Der Gemeindehaushalt 1923

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren ist es heuer gelungen, die Etatsberatungen bereits am Anfang des Haushaltsjahres zum Abschluß zu bringen, was der Finanzreferent Dr. Kronenberger im wesentlichen dem Umstand zuschreibt, daß die Sitzungen des Haushaltsausschusses diesmal nicht öffentlich waren und dadurch die üblichen „Reden zum Fenster hinaus" unterblieben sind. In einer außerordentlichen Plenarsitzung des Stadtrats erstattete R.R. Dr. Kronenberger Bericht über den Haushaltplan-

abschluß 1923. Es ergeben sich Gesamteinnahmen von 284 170 Millionen und Gesamtausgaben von 286 924 Millionen, also ein Ausfall von 2754 Millionen. Die gewerblichen Betriebe und Unternehmungen schließen ab mit 88 057 Millionen Einnahmen und 83 131 Millionen Ausgaben, also mit einer Reineinnahme von 4926 Millionen Mark. Die Nettoergebnisse der einzelnen Betriebe sind folgende: Weinkellerei und Ratskeller R in: innahme 12,39 Mill. M., Elektrizitätswerke Reineinnahme 3210 Mill., Gaswerke Reineinnahme 3183 Mill., Straßenbahnen Ausfall 1479 Mill. M. Die Überschüsse der gewerblichen Betriebe nach Abzug des Ausfalles bei den Straßenbahnen machen etwa 13,6 Prozent der Gesamtnettoeinnahme des Betriebshaushaltes aus. Die Reichssteueranteile, Gemeindesteuern und örtlichen Abgaben erbrachten eine Reineinnahme von 30 071 Mill. M., das sind 83 Prozent der Nettoeinnahmen.

Bei den Ausgabengruppen sind hervorzuheben: Gemeindebehörden und deren Amtsführung mit 8210 Mill. Reinausgaben, das sind 21 Prozent der gesamten Nettoausgaben, Erziehung und Bildung 9257 Mill. M. Reinausgaben, das sind 23 Prozent, Wohltätigkeit und Wohlfahrtspflege 8653 Mill. M. Reinausgaben, das sind 22,2 Prozent, Sicherheit der Person und des Eigentums 3308 Mill. Mark Reinausgabe, das sind 8, 5Prozent, Verkehrswege und Straßen 3370 Millionen Mark, das sind 8,6 Proz.

Diese Positionen gaben dem Finanzreferenten Veranlassung, seinem Haushaltplan selbst das Lob auszusprechen, daß er die einer Stadt wie München entsprechenden sozialen und kulturellen Erfordernisse erfülle, ohne gegen die Grundsätze einer gesunden Finanzpolitik zu verstoßen und ohne die Einwohnerschaft übermäßig zu belasten.

Mit wesentlich höheren Ansätzen gegenüber dem Vorjahr erscheinen bei den Ausgaben die Verzinsung der der Stadtgemeinde bei verschiedenen Banken eröffneten Kontokorrentkredite und die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Darlehen bei Banken und Privaten.

*

Bayerische Rundschau

Bad Tölz. (Brand.) Bei dem am Montag, den 28. Mai, nachmittags gegen 4 Uhr, über unsere Stadt hinziehenden Gewitter schlug der Blitz in das Waisenhaus (Krankenheil) ein und zündete. Dieses Haus gehört der Stadt und wird von Arbeiterfamilien bewohnt. Erste Hilfe bei den Rettungsarbeiten leisteten zwei Nationalsozialisten, die in tapferer Arbeit das Hab und Gut dieser armen Familien zu retten halfen und dank deren mutigem Eingreifen und dem anderer Leute wurde alles gerettet. Auch die Frau eines Nationalsozialisten leistete Hilfe, indem sie bei strömendem Regen die Feuerwehr alarmierte. Nur der Tölzer Feuerwehr kann man kein großes Lob zollen, da es lange Zeit anstund (man spricht von 1 Stunde), bis endlich der erste Wasserstrahl dem rasenden Element Einhalt bot. Es wäre dringend zu wünschen, wenn die Herren vom Stadtrat dem Krankenheil, namentlich in der Hydranten-Angelegenheit, mehr Aufmerksamkeit schenken würden. Man braucht den Juden ihr Hotel wirklich nicht auf das herrlichste einzurichten und dafür sogar die dringendsten Angelegenheiten der ortsansässigen Bewohner vernachlässigen. R.

Augsburg. (Der neue Handwerkskammerpräsident.) Der bisherige zweite Vorsitzende der Handwerkskammer von Schwaben und Neuburg, Joseph Kalbeck, wurde als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Mederle gewählt.

Augsburg. (Tödlicher Unfall bei einer Reichswehrübung.) Bei einer Sprengübung der Reichswehr auf dem Schießplatz bei Haunstetten sollte ein starker Baum gesprengt werden. Der 18jährige Schütze Karl Eckstein verließ unvorsichtigerweise seine Deckung und wurde von einem herabfallenden Sprengstück so unglücklich getroffen, daß er sofort verstarb.

Schiffsnachrichten

der Hamburg-Amerika-Linie.

Bayern: 27. Mai in Neuyork.
Mount Clay: 28. Mai in Neuyork.
Reliance: 25. Mai in Neuyork.
Mount Clinton: 24. Mai ab Neuyork.
Resolute: 29. Mai Norderney pass.
Hosatia: 28. Mai in Vera Cruz.
Amassia: 21. Mai ab Colon.
Altmark: 26. Mai in Bahia.
Galicia: 16. Mai in Buenos Aires.
Niederwald: 23. Mai ab Buenos Aires.
Teutonia: 28. Mai ab La Coruna.
Württemberg: 27. Mai in Buenos Aires.
Rugia: 26. Mai ab Bilbao.
Odenwald: 29. Mai in Valparaiso.
Preußen: 28. Mai ab Honkong.
Rheinland: 28. Mai ab Port Said.
Ermland: 28. Mai in Shanghai.
Otavi: 26. Mai ab Las Palmas.
Tsad: 28. Mai ab Freetown.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Jugendbund

Samstag, den 9. Juni, Sport- und Übungsstunde. Antreten 6 Uhr beim Wehramt, Wingererstraße. Neuanmeldungen dort persönlich.

*

Gedenket der Münchener Erwerbslosen der N. S. D. A.-P.

Der Ausschuß der Erwerbslosengruppe wendet sich an die Parteigenossen und Genossinnen mit der herzlichen Bitte um Unterstützung unserer Erwerbslosen. Getragene Schuhe und Kleidungsstücke sind sehr willkommen und sind eventl. abzugeben Westenriederstraße 23, Eingang Sterneckerstraße, nachm. 3—6 Uhr. Geldspenden an: Ludwig Bölkl, Scheckkonto Nr. 44075, Postscheckamt München.

Ferner bitten wir unsere Parteigenossen, die Geschäftsinhaber sind, bei Freiwerden von Stellen oder vorübergehender Arbeitsgelegenheit unsere Erwerbslosen zu berücksichtigen. Sämtlichen Spendern im voraus herzlichsten Dank. Auskunft erteilt: der Ausschuß, Corneliusstraße 12, Telef.-Nr. 23 6 20.

*

Kampfgruppe deutschvölkischer Flieger und Kraftfahrer!

Der alte Fliegergeist soll auch in der deutschen Freiheitsbewegung an der Front sein. Darum geht unser Ruf an alle kampferprobten

Flieger, Kraftfahrer, Monteure usw.: Hinein in unsere Reihen!

Schriftliche Anmeldung und Auskunft E. Tönies, München, Kaulbachstr. 9a, oder Schriftführer Herzog, München, Hotel Kaiserhof (Schützenstr.), Dienstag und Freitag 8—9 Uhr, Fliegerstammtisch.

*

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Hannover. (Freigesprochen.) Am 30. Mai fand der Berufungstermin gegen das Urteil des Schöffengerichts statt, in welchem unser Parteigenosse Seiferts wegen Veröffentlichung eines Plakates zu 40 000 M. und der Mitangeklagte Geschäftsführer des Plakatinstituts Hannover, Thomas, zu 10 000 M. verurteilt worden war. Berufung war eingelegt worden von seiten des Angeklagten Seifert wegen unrechtmäßiger Verurteilung und von seiten des ersten Staatsanwaltes wegen Erreichung eines schärferen Urteils zu einer Gefängnisstrafe.

Nach fast dreistündiger Verhandlung wurde die Unschuld beider Angeklagten bewiesen und hervorgehoben, daß der Angeklagte nur als Idealist, unter Zurücksetzung seiner Person für die Rettung des schaffenden Volkes eintrete, und daß es ihm fern gelegen habe, die republikanischen Staatsformen herabzuwürdigen, zumal er selbst auf dem Boden einer freien verfassungsmäßigen Staatsform stehe. Das Urteil lautete:

Die Angeklagten Seifert und Thomas werden freigesprochen. Thomas wird nur wegen Übertretung der Polizei-Verordnung, nach § 9 und 10 des preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 mit 1500 M. Geldstrafe bestraft. Das Urteil vom Schöffengericht vom 20. März 1923 wird hiermit aufgehoben. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Die während der Verhandlung lautlose Spannung im Zuhörerraume löste sich bei Verkündung des Urteils durch Beifallskundgebung aller Zuhörer. Unser Pg. Seifert wurde mit Heilrufen für den Sieg der völkischen Sache beglückwünscht.

Ipsheim a. d. Aisch. Regelmäßige Sprechabende finden jeden 1. und 3. Sonntag im Parteilokal, Gasthaus Mack, abends 8 Uhr, statt. Gäste jederzeit willkommen.

Kempten. Am Freitag, 8. Juni, abends 8 Uhr, pünktlich, in der Kreuzstraße außerordentliche Mitgliederversammlung. Gäste haben keinen Zutritt.

Kempten. Beim Sprechabend am 1. Juni referierte Pg. Sprenger, München, über die Frage: Warum sind wir Antisemiten? Der Vortrag wurde in der Diskussion aus der Reihe der Zuhörer durch allerhand selbsterlebte Einzelheiten aus der niedrigen Kampfesweise des Judentums ergänzt.

Kitzingen. Nachdem uns sowohl eine öffentliche wie auch eine geschlossene Versammlung, in welcher unsere Pg. Esser oder Streicher sprechen sollten, vom Stadtrat Kitzingen verboten wurden, gelang es uns im letzten Augenblicke, Pg. Prof. Bohneberg zu einem erweiterten Sprechabend zu gewinnen. Der Redner, der, nachdem man ihn aus seinem Amte gejagt hat, gewissermaßen auch ein Verfemter ist, sprach über „Völkische Ziele". Eingehend beschäftigte er sich mit der Rassenfrage. Zum Schlusse berührte er noch das Problem der Zinsknechtschaft. An treffenden Zahlen verglich er die heutige wirtschaftliche Not und gab an ihrer Hand an, wieviel von den Steuern in die Hände des internationalen Kapitals zur Deckung der Zinsschulden fließen und wie wenig für das allgemeine Wohl übrigbleibt. Reicher Beifall lohnte die fast drei Stunden andauernden Ausführungen des Redners, und gestärkt und mit neuen Gedanken durchdrungen verließen die Zuhörer den Saal.

Nürnberg. Sprechabend jed. Dienstagabend pünktlich 7½ Uhr. Geschäftsstunden täglich 8—12 und 2—6 Uhr. Anschrift: Nationalsoz. Deutsche Arbeiter-Partei, Ortsgruppe Nürnberg, Friedrichstr. 1 (Zentralsäle).

Regensburg. Sprechabende finden jeden Mittwoch in der Brauerei „St. Klara" statt. Pflicht jedes Mitgliedes ist es, pünktlich zu erscheinen.

Würzburg. Am Freitag, 1. Juni, fand unsere zweite öffentliche Versammlung statt. Wegen Überfüllung wurde der Saal polizeilich gesperrt. Pg. Bohneberg (Nürnberg) gab in zweieinhalbstündiger Ausführung mit größter Sachlichkeit ein klares Bild unserer jetzigen Not, die nur durch eine reine, edle Bewegung behoben werden kann. In großen Zügen erläuterte er dann unsere Ziele, wobei er mit seiner Stellungnahme zum Christentum stürmischen Beifall errang. Der Vortrag, von keinerlei Zwischenfällen gestört, machte auf alle Zuhörer tiefsten Eindruck und bedeutet einen vollen Erfolg für unsere Bewegung.

*

Völkische Nothilfe!

Alfred Roth, der Hauptgeschäftsführer des Schutz- und Trutzbundes, ist vor wenigen Tagen durch den Staatsgerichtshof zu 500 000 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt worden. Diese Kosten können, da etwa zwanzig Zeugen aus Stettin in Leipzig vernommen wurden, in die Millionen betragen. Durch die Zahlung all dieser Beträge wird Alfred Roth, dieser unentwegte Vorkämpfer für die völkische Bewegung, in große Not geraten, mit ihm seine Familie. Es ergeht daher an alle Deutschgesinnten, Deutschvölkischen der Ruf, durch Spenden zu helfen, damit die Not eines Deutschvölkischen gelindert wird. Beiträge wollen auf Postscheckkonto R.A. O. Ruh, 19934 München mit Betreff: Völkische Nothilfe eingezahlt werden oder an die Schriftleitung des „Völkischen Beobachters".

*

Kein Kind, kein Engel ist so rein...

Da die „Münchener Post" und bei verschiedenen Anlässen, besonders im Landtag, maßgebende Sozialdemokraten sich nicht genug entrüsten können über „nationalsozialistische Übergriffe" und dabei, saukalt, wie sie das gewohnt sind, ihre mit dem unglaublichsten vorrevolutionären militärischen Krampf aufgeputzte Judenschutzgarde als „Abwehrorganisation" bezeichnen, veröffentlichen wir nachfolgend wieder eine Reihe von einwandfreien Berichten über die neuesten Heldentaten der Auergarde, die ihren Charakter als Verein der Unschuldlämmer klar und deutlich zeigen:

Am 26. April 1923, abends gegen halb 11 Uhr, gingen die Pg. Hermann Hüller und Johann Sternezeder durch die Hindenburg-Blutenburgstr. und erblickten Ecke Schul- und Schlörstr. einige Hundert jüngerer Arbeiter in erregter Stimmung, da kurz vor dem Eintreffen der beiden angeblich von Hitler-Leuten auf Arbeiter geschossen worden wäre. Die beiden hatten vergessen, ihr Parteiabzeichen abzulegen und wurden trotz Anwesenheit von vier Schutzleuten in gemeinster Weise beschimpft und angegriffen. Es wurde auf die beiden eingeschlagen, so daß sie blutige Wunden davontrugen. Zugerufen wurde ihnen: „wartet nur, es kommt der Tag der Rache, Dreckhunde" usw. Seitens der Schutzleute wurde nach Angaben dieser Leute keinerlei Hilfe geleistet.

Am 1. Mai 1923 wurde Pg. Hans Zöberlein auf der Eisenbahnbrücke am Nockherberg nach kurzem Wortwechsel von 6—8 Mann umringt, als er einem bedrängten Parteigenossen zu Hilfe eilen wollte und gleich jenem mit Schlagwaffen aller Art bearbeitet. Die Kommunisten waren inzwischen auf etwa 30 Mann angewachsen und Zöberlein wurde von einem derselben mit dem Messer am Hinterkopf gestochen.

Am 3. Mai 1923, abends halb 8 Uhr, erhielt Pg. Zöberlein die Meldung, daß vor dem Gasthaus Münsterer in der Edelweißstraße Kommunisten eine drohende Haltung gegen Geschäft und Haus des Pg. Kiefer einnahmen, nachdem sie schon am 1. Mai mittags vor diesem Hause Aufstellung genommen hatten und in nicht mißzuverstehender Weise eine baldige Ausräucherung angekündigt hatten. Zöberlein ging mit etwa 25 Mann in das Haus des Kiefer, worauf die Kommunisten verschwanden. Ebenfalls wurde in der Gietlstraße, vor dem Lokal Hohenwarth Auergardisten in Stärke von etwa 20 Mann festgestellt. Gegen 9 Uhr verließen die Kommunisten geschlossen ihr Lokal und rückten an das andere Straßenende, wo sie noch Verstärkung erhielten. Dort fielen sie über einen unserer Leute her, dieser aber wurde von seinen Kameraden wieder herausgeholt und die Kommunisten zum Rückzug gezwungen. Am anderen Ende der Straße kam es zum Zusammenstoß mit 10 uniformierten Auergardisten, von denen einer eine Pistole abschoß. Ein anderer Auergardist erhielt einen Beinschuß durch einen seiner Genossen, da unsere Leute keine Schußwaffen trugen. Unsere Leute zogen sich, nachdem sie noch mit einem wahrscheinlich alarmierten Trupp Auergardisten zusammengestoßen waren, nach dem Salvatorkeller zurück, wurden aber neuerdings durch 5—6 Schüsse aus der Edelweißstraße zurückgerufen, wo sich unterdessen eine mehrhundertköpfige Menge angesammelt hatte. Die Menge stob bei dem Herannahen unserer Leute auseinander.

Desgleichen werden Fälle gemeldet, wo die Arbeiterschaft der Bayerischen Motorenwerke, Abteilung Gießerei, verlangte, daß Kollegen den Betrieb sofort verlassen müssen, wenn sie nicht aus der N.S.D.A.P. austreten.

Der Baubilfsarbeiter, Pg. Friedrich Ebemann, mußte auf Veranlassung der anderen Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Partei seine Arbeit bei Liebergesell und Lehmann, Theresienstraße 31, aufgeben.

Am 3. April 1923 ging Pg. Stirnweiß durch die Schleißheimerstraße und wurde von 18- bis 20jährigen Burschen überfallen und mit Fäusten bearbeitet.

Pg. Ebemann, der schon früher seine Stellung als Abteilungsmeister durch seine Angehörigkeit zu unserer Partei aufgeben mußte und dann bei der Firma Liebergesell und Lehmann eintrat, wurde dort von dem Betriebsrat in der unerhörtesten Weise terrorisiert. Als der Betriebsrat durch das Gewerkschaftshaus erfahren hatte, daß Ebemann Mitglied unserer Partei sei, hetzte er am 18. Mai, früh halb 8 Uhr, die Arbeiterschaft in gemeinster Weise auf und wies sie an, in den Streik zu treten, falls Ebemann nicht entlassen würde. Zeugen dieses Vorfalles sind da.

Am 8. Mai 1923, 2 Uhr nachmittags, wurde ein Angehöriger der Partei von einer Rotte Auerleute in Uniform durch die Herzog-Wilhelmstraße nach der Neuhauserstraße verfolgt, wobei die Roten riefen, um das Publikum zu täuschen: haltet den Kerl auf, er hat gestohlen. Der Mann wurde tatsächlich von Passanten angehalten, wurde aber, ehe es zur Schlägerei kam, von einem Schutzmann im Hausgang der Herzogspitalstraße 12 vernommen.

Am 25. Mai 1923 wurden die Pg. Robert Schroth und Sch. Strauß vor den Blumensälen von ungefähr 20 Auergardisten überfallen, wobei Schroth einen Stich durch die linke Hand und Strauß mit einer Eisenstange eine Knickung einer Rippe mit schwerem Bluterguß erhielt.

Anläßlich des Oberbayerischen Schützenfestes in Neuhofen am 3. Juni 1923 wurde Pg. Leonhard John, von einigen Auerleuten wegen seines Hakenkreuzes angepöbelt und später mit dem Rufe: das Hakenkreuz her oder du bist hin, tätlich angegriffen. Das Abzeichen wurde ihm abgerissen, jedoch gelang es ihm, es wieder an sich zu reißen und in die Tasche zu stecken. Während des nun folgenden Handgemenges ersuchte ein Mann der dort stehenden Schiffschaukel unseren Pg., den Garten zu verlassen, was dieser auch tat. Auf der Straße hatten sich inzwischen ungefähr 150 junge Burschen zusammengerottet, die auf John eindrangen. An der Spitze derselben befand sich ein gewisser Berghammer. John wehrte sich kräftig und versuchte zweimal auf ein vorbeifahrendes Auto aufzuspringen, um der Meute zu entkommen. Da ihm dieses nicht gelang, flüchtete er, unaufhörlich verfolgt von der Menge, unter der sich ein gewisser Ertl, Röcklplatz 7, hervortat, der ihm auch einen Stock ins Genick schlug. Trotz kräftigster Gegenwehr kam John zu Fall und wurde, am Boden liegend, weiter verprügelt. Ein vorbeigehender Kriminalbeamter stellte dann die Personalien der Haupträdelsführer fest: Berghammer, Oberländerstr. 32, und Ertl, Röcklplatz 7. Auch gegen den Kriminalbeamten nahm die Menge eine drohende Haltung ein.

Wir haben diese Mitteilungen auch der Polizei zugehen lassen und geben uns der Erwartung hin, daß sie das Nötige veranlassen wird, um dem Auerschen Freibeutertum das Handwerk zu legen.

Briefkasten

J. H. 13. Karte erhalten. Desgl. Zahlungen. Davon 20 000 Mk. „Hitlerspende" der Sammelstelle der Partei übergeben. Ihr Konto hat ein Guth. z. Ihr. G. von 30 000 Mk. Herzl. Dank und treudeutschen Gruß!

A. Sch., Hagen in Westfalen. 10 000 Mark für die Erwerbslosen der Partei. Besten Dank!

F. B., Leipzig. (Kuckuckbriefbogen.) Ihr Schreiben unleserlich. Ersuchen Maschinenschrift oder Tinte.

Handel und Wirtschaft

Alles in Ordnung

Die Untersuchung in Angelegenheit „Zusammenbruch der Markstützungsaktion" innerhalb des Ausschusses im Reichstag zeitigt doch auch ihr Gutes. Es sind ja bislang der Worte genug geredet worden, ohne daß wir Taten gesehen hätten. Aber die letzte Sitzung wies bedeutende Ergebnisse auf.

Von Bedeutung ist die Feststellung des Zentrumsabgeordneten Lang-Hegermann, daß „in der ganzen Angelegenheit auch rein nichts das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen habe".

Der Bankier Loeb, einer der „technischen Berater der Stützungsaktion", erklärte auf diese Captatio benevolentiae des Zentrumsabgeordneten hin, daß es überhaupt nicht beabsichtigt war, den Kurs der Mark länger als nur eine gewisse Zeit „auf einem relativ günstigen Niveau zu halten".

Also alles in Ordnung.... In Angelegenheit einer schärferen Devisenerfassung durch eine Zentrale wird jetzt gleichfalls energisch Retraite geblasen und dringend Vorsicht empfohlen. Der Einfluß von Arbitrage und Spekulation wirke doch auch jetzt wieder ausgleichend und regulierend, wie die letzten Ereignisse beweisen! —

Also alles in Ordnung....

Das Auslandskapital

Die Kreditkommissionsbank-A.-G. im Haag, Holland, erwarb die Majoritätsaktien der Helenaglück-Erdölwerke-A.-G. in Berlin. Das Gebiet dieser Gesellschaft liegt nördlich von Hannover und umfaßt eine Oberfläche von 4600 Morgen.

Unsere Braunkohlenförderung

Der deutsche Kohlenbergbau hat nach der B. Z. u. H. 1922 gegen 1921 mengenmäßig um 3,1 vom Hundert zugenommen. Diese Steigerung ist auf die Braunkohlenförderung zurückzuführen, welche von 123 Mill. Tonnen auf 137 Mill. Tonnen angewachsen ist.

Wirtschaftsrundschau

Von der Rhein—Main—Donau-A.-G.

München. In der ordentlichen Generalversammlung am 5. Juni waren 1815 Millionen Kapital vertreten. Staatsrat Dr. v. Graßmann verwies eingangs darauf, daß der vorliegende Bericht für das erste Geschäftsjahr im März abgeschlossen und in der Zwischenzeit bekanntlich eine Anleihe von 2 Millionen Goldmark aufgelegt worden ist. Diese Anleihe sei um mehr als das Doppelte überzeichnet worden, womit der Beweis geliefert sei, daß die weitesten Kreise Deutschlands hinter der Gesellschaft stehen und ein einmütiges Zusammenarbeiten zwischen Nord und Süd vorhanden sei. Es sei zu hoffen, daß der Gesellschaft diese Sympathien erhalten bleiben. Über den Stand der Arbeiten sei mitzuteilen, daß das Werk am Viereth spätestens in einem Jahr in Betrieb genommen werden kann. Die Mainmühle bei Würzburg ist bereits in Betrieb. Die Arbeiten am Kachlet sind in vollem Gang. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Staatssekretär Kirschstein, Berlin, vom Reichswehrministerium, bemerkte, daß vielleicht der eine oder andere Aktionär in Sorge geraten sei, dadurch irgendwie Verluste zu erleiden, weil gerade nach Herauskommen der Anleihe der Gesellschaft der Dollar so stark gestiegen ist. Das sei jedoch nicht der Fall. Das Geld, das die Gesellschaft bekommen hat, ist zu einem Teil sofort verwendet worden für Maschinen, Rückzahlung der vom Reich und Bayern gewährten Zwischenkredite und für die laufenden Bauaufträge. Der übrige Teil des Geldes ist wertbeständig angelegt, so daß die Gesellschaft in der Lage ist, diese Goldanleihe in erhöhten Papierwerten wieder in das Geschäft hineinzubringen. Ferner sei Sicherheit dafür gegeben, daß auch die Zinsen, wie garantiert, wertbeständig ausgezahlt werden können. Schließlich wurde die vorgelegte Bilanz für 1922 genehmigt, Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde von 78 auf 90 (laut Beilage) erhöht als Gewähr dafür, daß das Interesse an der Gesellschaft in möglichst weiten Kreisen frisch gehalten wird. Im übrigen wurden noch einige Satzungsänderungen (vgl. Beilage) genehmigt. Der Restbetrag von 1½ Millionen Goldmark Anleihe soll in Bälde auf den Markt gebracht werden.

Preisbewegung

München. Wie die „Münch. Neuest. Nachr." melden, wurden auf dem Nürnberger Hopfenmarkt in dieser Woche für prima Hollerdauer Hopfen 2,5 Millionen Mark pro Zentner bezahlt. Eine erhebliche Preissteigerung meldet das gleiche Blatt von der Algäuer Butter- und Käsebörse in Kempten, wo Butter auf 9129 Mark stieg, gegenüber 8880 Mark in der Vorwoche. Weichkäse